

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark, Einzelne Nummern 15 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 - Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486. - Stadtkontofonto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen. Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Einbezug 90 Pf. Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten u. Stellenangebote. - Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Verkaufsstelle von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptgeschäftsführer Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 13

Dresden, Freitag, 16. Januar

1925

Das Kabinett Luther und die Oppositionsparteien.

Heute um sechs Regierungserklärung vor dem Reichstag.

Die letzten Verhandlungen.

Berlin, 16. Januar.

Nachdem im Verlaufe des gestrigen Vormittags die letzten parteipolitischen Schwierigkeiten über die Vertrauensfrage behoben waren, handelte es sich am Nachmittag nur noch um einige personelle Angelegenheiten. Für den Oberlandesgerichtspräsidenten Scholten, der von der Ministerkandidatur für das Justizministerium zurückgetreten ist, hat Dr. Luther nunmehr den Oberlandesgerichtspräsidenten Schumacher in Köln, eine dem Zentrum nahe stehende Persönlichkeit, in Aussicht genommen. Die Bayerischen Volksparlamentarier haben sich mit Herrn Stingl als Postminister zufrieden gegeben.

In der siebenten Abendrunde begab sich Dr. Luther zum Reichspräsidenten, um sich nunmehr offiziell mit der Kabinettsbildung beauftragen zu lassen. Bei dieser Auseinandersetzung dürfte auch die Sprache auf den als Reichswirtschaftsminister designierten Ministerialdirektor a. D. Neuhaus gekommen sein. Neuhaus scheint durch das Telegramm, das die Liga für Menschenrechte an den Reichspräsidenten gerichtet und das ihn in Verbindung mit den Rathenau-Mördern gebracht hat, schwer kompromittiert zu sein. Indessen beschäftigen die Zentralnationalen, wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, an seiner Kandidatur festzuhalten, mit der Begründung, daß Reichszankler Marx bereits an ihn wegen der Übernahme eines Ministerpostens herangetreten sei.

Der Reichstag wird heute abend, 6 Uhr, die Regierungserklärung entgegennehmen. Die Reichsnationale Reichstagsfraktion beschäftigt die Interpellation Schiele über den Wagedorfer Prozeß, das heißt über die gemeinsame Vertrauensfragebildung des Kabinetts Marx, dem Reichspräsidenten gegenüber zurückzuführen. Es ist aber möglich, daß die Nationalsozialisten sie aufnehmen, und daß dann Herr Schiele als neuer Reichsinnenminister die ehemalige Protestinterpellation Schiele zu beantworten in die Lage käme.

Das Telegramm der Liga für Menschenrechte. Schwere Anklage gegen Minister Neuhaus.

Berlin, 16. Januar.

Die Deutsche Liga für Menschenrechte hat an den Reichspräsidenten das folgende Telegramm gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Reichspräsident! Der mit der Kabinettsbildung betraute Reichsfinanzminister Dr. Luther hat, neben anderen Persönlichkeiten, auch den Ministerialdirektor a. D. Neuhaus als Mitglied seines Kabinetts in Aussicht genommen. Wir halten es für unsere Pflicht, den Herrn Reichspräsidenten darauf aufmerksam zu machen, daß Ministerialdirektor Neuhaus nicht nur seinerzeit den Eid auf die Verfassung verweigert hat, sondern auch, als Ehrenvorsitzender des deutschnationalen Jugendbundes, die Verbindung zwischen dem später wegen Teilnahme an der Ermordung Rathenaus verurteilten „Deutnant“ Günther und dem General Lubendorff vermittelt hat, sowie an dem berühmten Redner des deutschnationalen Jugendbundes am 24. Juni 1924 zugegen war, auf dem Günther als Mörder Rathenaus gefeiert wurde. Ferneres Devisenmaterial: amtliches Stenogramm des Rathenau-Prozesses. Die Kenntnis dieser Tatsache dürfte zur Bewertung des in Voranschlag gebrachten Ministers der Republik genügen. Deutsche Liga für Menschenrechte. Verzeichnet: v. Gerlach.“

Berlin, 15. Januar.

Künftig. Der Reichspräsident hat den bisherigen Reichsfinanzminister Dr. Luther zum Reichszankler ernannt, die nachstehenden Herren zu Reichsministern ernannt:

Reichsminister des Auswärtigen: Dr. Stresemann, Mitglied des Reichstags;

Reichsminister des Innern: Martin Schiele, Mitglied des Reichstags;

Reichsminister der Finanzen: noch unbesetzt;

Reichswirtschaftsminister: Neuhaus, Ministerialdirektor a. D.;

Reichsarbeitsminister: Dr. Braun, Mitglied des Reichstags;

Reichswehrminister: Dr. Seifler,

Reichspostminister: Stingl,

Reichsverkehrsminister: noch unbesetzt,

Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft: Graf Ranig.

Das Reichsjustizministerium ist dem Oberlandesgerichtspräsidenten Schumacher, Mitglied des Reichsrats, angeboten worden, der auch gleichzeitig mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete betraut werden soll. Die Verhandlungen sind jedoch noch nicht abgeschlossen worden.

Der Kampf beginnt.

Sozialdemokratische Erklärungen.

Berlin, 16. Januar.

Unter der Überschrift „Unsere Parole“ veröffentlichen die Sozialdemokratischen Presseorgane eine parteipolitische Erklärung, in der dem Kabinett Luther schärfste Opposition angelegt wird. Wörtlich heißt es dann weiter:

„Die Sorge des neuen Reichszanklers um diese Opposition der Sozialdemokratie ist verständlich, und wir möchten hinzufügen, auch berechtigt. Es hat gar keinen Zweck, wenn er um gut Wetter bitten läßt und, zur Beruhigung der Arbeiterschaft, die Arbeit teilt, gemeinsam mit dem Reichsarbeitsminister schon in den nächsten Tagen eine Verfügung über die Wiederherstellung des Achtstundentages in der Hüttenindustrie zu erlassen. Diese Verfügung hätten wir für eine Selbstverständlichkeit, und wir denken deshalb gar nicht daran, uns ihr anzuliebe, in der beschriebenen Opposition auch nur im geringsten zu beschränken. Alles zu reden, die wunderbaren Versprechungen und das schönste Programm kann uns nicht reizen. Die Reichsnationale Partei hat die Welt und unser Volk zu oft belogen, als daß man ihr und ihren Vertrauensleuten Glauben schenken könnte. Erst am 29. August 1924 haben wir erfahren müssen, was von allen deutschnationalen Zusicherungen zu halten ist, und was erleben wir jetzt? Die Vertrauensleute des Reichspräsidenten schämen sich nicht, sich von dem fortgesetzt verschmähten Republikaner und Sozialdemokraten Ober mit der Ministerwürde betrauen zu lassen. Sogar dem „Eid“ auf die republikanische Verfassung, die sie bis auf den heutigen Tag bekämpft haben und die sie auch weiter bekämpfen werden, ist ihnen die Fäulnisrippe wert.“

Gegenüber diesen Männern sollen wir eine abwartende Stellung einnehmen? Kein Gedanke daran! Unsere Stellungnahme ist gegeben durch die Zusammenfassung der Regierung. Sie ist für uns Programm genug, sobald wir auf die papierne Erklärung, die am Freitag abend um 6 Uhr im Reichstag feigen soll, gern verzichten. Oder ist eine Regierung, in der Stille der „Organisation Konjunkt“ und intellektuelle Heber des Rathenau-Mordes sitzen, nicht Programm genug? Unser Bedauern an Zusammenhänge durch Herrn Dr. Luther ist jedenfalls gebort. Er wird nun der Sozialdemokratie bald eine Antwort

verschieben auch einen Denkzettel erhalten. Der erste Ausdruck dieser Antwort dürfte ein begründetes Mißtrauensvotum sein, das die Fraktion am Sonnabend oder Montag einbringen wird.“

Die Stellungnahme der Demokraten.

Berlin, 16. Januar.

Die deutsche demokratische Reichstagsfraktion hat in ihrer gestrigen Nachmittagsfraktion einstimmig folgenden Beschluß gefaßt:

Die deutsche demokratische Fraktion billigt, daß der Vorsitzende die Entsendung eines Vertrauensmanns in das Kabinett Luther abgelehnt hat. Sie lehnt dem Kabinett mit dem schwersten Mißtrauen gegenüber und behält sich ihre Stellung zu der Regierungserklärung vor.

Eine Zentrumsstimme.

„Größtes berechtigtes Mißtrauen“.

Wien, 15. Januar.

Die „Neinische Volkswacht“, das offizielle Zentrale Zentrumorgan, kommentiert das neue Kabinett Dr. Luther wie folgt:

Es genügt, festzustellen, daß niemand im Lande daran glauben wird, daß das „überparteiliche“ Kabinett sei. Es ist die Rechtsblockregierung, gegen die sich das Zentrum gewandt hat. Nun sehen wir Zentrumsmänner im Kabinett. Wir beklagen das und halten die Lösung für nicht glückselig. Es wird der Zentrumsfraktion des Reichstags schwer werden, diese Entscheidung in der Wählerchaft als unumgänglich zu beweisen. Die Wähler werden die Entscheidung nicht zu vereinbaren wissen mit dem, was unserem Volk bei den Anstrengungen um die Regierungsbildung angehen worden ist, nicht zu vereinbaren wissen mit dem jüngsten Fraktionsbeschlusse, nicht mit dem einstimmig ausgesprochenen Willen des Reichsparteitag, der jetzt als mißgünstig erscheint, denn nicht hat sich ereignet, was diesen Beschlüssen und Willensäußerungen den Boden genommen hätte, im Gegenteil: viele, was ihre fortdauernde Berechtigung beweisen hat. Die Zentrumswählerchaft wird in ihrer Mehrheit mit uns diesem Kabinett mit dem größten berechtigten Mißtrauen gegenübersehen.“

Stimmen des Auslandes.

Kopenhagen, 15. Januar.

„Politiken“ beschäftigt sich am Donnerstag in ihrem Privatteil mit dem Kabinett Luther und schreibt:

Die Lösung Luther hat einen sehr bestimmten Charakter. Durch sie wird die Wahl vom 7. Dezember, die ein Linkslager war, zu einem Kabinett mit deutlicher Rechtsfärbung umgebogen. Marx ist geschlagen, Stresemann ist der Mann des Tages, Luthers Kabinett wird sein Kabinett. Wir glauben nicht, daß Stresemanns Sieg eine glückliche Begebenheit für Europa ist. Seine gegebene Wirkung wird sein, daß er in außerordentlichem Maße Herrschaft erlangen wird, die Politik fortzuführen, deren Ziel Verständigung und Zusammenarbeit mit Deutschland war. In der Frage der Räumung der Kölner Zone hat Stresemanns Politik bisher an einem unglaublichen Mangel an Verständnis für Herrichts Schwierigkeiten gelitten, um nicht zu reden von dem psychologischen Augenblick, der da war, als Rom und London, aus Furcht vor dem schnellen deutschen Wiederaufsteig, sich zu einer fähigen Haltung hinüberzwangen. Damals galt es für die deutsche Politik, zu begreifen, daß Herricht Deutschlands Mitarbeit braucht. Es bekam sie nicht, und was er unter der neuen Regierung bekommt, ist kaum eine vorläufige politische, die eine deutsch-französische Verständigung ermöglichen wird.“

Amsterdam, 15. Januar.

Die gesamte niederländische Presse bezeichnet die Lösung der Regierungsbildung durch die Bildung eines sogenannten „überparteilichen“, in Wirklichkeit eines Rechtskabinetts, als überaus verhängnisvoll für die innen- und außenpolitische Lage des Deutschen Reichs und darüber hinaus als ein neues Hindernis für die politische Entspannung in Europa. Das niederländische Blatt Dr. Luthers sei, daß er der Geschicklichkeit der ihn an politischer Erfahrung überflügeln Führer der nationalsozialistischen Fraktion sei. Das deutschfranzösische „Nijmegen Handelsblad“ schreibt:

Dr. Luthers persönliche Eigenschaften sind lange nicht hinreichend, um ihm im Auslande die Sympathien für die Politik zu sichern, in deren Dienst diese Qualitäten gestellt werden sollen. Die Bildung eines Rechtskabinetts Dr. Luther kann in den Niederlanden keine Begeisterung über die Lösung der deutschen Krise hervorrufen. Geradezu tragisch kommt der Gedanke, daß, sechs Jahre nach der Revolution, Deutschland die deutsche Republik, durch Männer regiert werden soll, die mit Herz und Seele Feinde des republikanischen Gedankens sind. Es klingt fast wie eine Parodie. Europa soll noch einmal mit einem Dr. Stresemann als Außenminister beglückt werden. Deutschnationalen, abernichte Monarchisten, werden Ministerposten befehlen. Die Steuer- und die großen Wirtschaftspragen werden zur Freude und zum Ergötzen der Agrarier und Großindustriellen geregelt werden. Herricht wird durch einen monarchistischen Reichspräsidenten abgelöst. Hiermit wird auch das geringe Vertrauen, das sich Deutschland in der letzten Zeit im Ausland erworben konnte, wie Schnee vor der Sonne dahin-schmelzen. All das bedeutet eine neue Spannung der internationalen Lage, die der europäischen Wirtschaft bestimmt nicht förderlich sein wird. Alle, die es im In- und Ausland mit Deutschland gut meinen, müssen ein Stoßgebet verrichten, damit Luthers Bemühungen um ein reaktionäres Kabinett scheitern.“

Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ schreibt: „Stresemann hat Marx geschlagen. Er hat das Spiel gewonnen. Welch furchtbaren Schaden

dieser Sieg der Deutschen Volkspartei über das Zentrum dem Lande bringen wird, ist nicht zu übersehen.

Fürsorge- und Arbeiterfragen im Reichstag.

6. Sitzung vom 15. Januar. Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anträge verschiedener Fraktionen auf Vorlage eines Gesetzentwurfs über die Einrichtung von Arbeitsgerichten.

Hr. Wiebel (Zog.): Was zu den Anträgen meiner Fraktion und zu den Anträgen der bürgerlichen Parteien recht gründlich zu sagen ist, werden wir im Ausschuss bei der zweiten Lesung vorbringen. Eine sachliche Erörterung, gerade im gegenwärtigen Augenblick, entspricht nicht den Bedürfnissen der Arbeiterschaft, weil durch die im Augenblick sich vollziehende Regierungsbildung alle Interessen des Hauses dadurch abgelenkt scheinen.

Die Anträge werden dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.

Hr. Radtke (Zug.) begründet hierauf Anträge seiner Fraktion, die Maßnahmen zum Schutze, zur Erhaltung und Förderung des gewerblichen und landwirtschaftlichen Mittelstandes betreffen.

Hr. Arndt (Zog.) verweist die Abgeordneten der Rechten, die im Reichstag angeht die Interessen des Mittelstandes vertreten, darauf, daß sie selbst daran schuld seien, wenn die kleineren Gewerbetreibenden über steuerliche Belastungen klagen, während die großen Konzerne Gelegenheit zur Steuerhinterziehung genug haben.

Hr. Frau Schröder (Zog.) spricht zu den Anträgen der Sozialdemokratie, die sich mit der Fürsorge für die Gefangenen befassen. Wenn die Abgeordneten, die hier das Handwerk und den Mittelstand zu vertreten vorhaben, wirklich nützliche Arbeit leisten wollen, so dürfen sie nicht lediglich Standesinteressen, sondern sie müssen die Interessen der Allgemeinheit wahrnehmen.

Hr. Frau Schröder (Zog.) spricht zu den Anträgen der Sozialdemokratie, die sich mit der Fürsorge für die Gefangenen befassen. Wenn die Abgeordneten, die hier das Handwerk und den Mittelstand zu vertreten vorhaben, wirklich nützliche Arbeit leisten wollen, so dürfen sie nicht lediglich Standesinteressen, sondern sie müssen die Interessen der Allgemeinheit wahrnehmen.

Hr. Frau Schröder (Zog.) spricht zu den Anträgen der Sozialdemokratie, die sich mit der Fürsorge für die Gefangenen befassen. Wenn die Abgeordneten, die hier das Handwerk und den Mittelstand zu vertreten vorhaben, wirklich nützliche Arbeit leisten wollen, so dürfen sie nicht lediglich Standesinteressen, sondern sie müssen die Interessen der Allgemeinheit wahrnehmen.

Hr. Frau Schröder (Zog.) spricht zu den Anträgen der Sozialdemokratie, die sich mit der Fürsorge für die Gefangenen befassen. Wenn die Abgeordneten, die hier das Handwerk und den Mittelstand zu vertreten vorhaben, wirklich nützliche Arbeit leisten wollen, so dürfen sie nicht lediglich Standesinteressen, sondern sie müssen die Interessen der Allgemeinheit wahrnehmen.

Hr. Frau Schröder (Zog.) spricht zu den Anträgen der Sozialdemokratie, die sich mit der Fürsorge für die Gefangenen befassen. Wenn die Abgeordneten, die hier das Handwerk und den Mittelstand zu vertreten vorhaben, wirklich nützliche Arbeit leisten wollen, so dürfen sie nicht lediglich Standesinteressen, sondern sie müssen die Interessen der Allgemeinheit wahrnehmen.

Hr. Frau Schröder (Zog.) spricht zu den Anträgen der Sozialdemokratie, die sich mit der Fürsorge für die Gefangenen befassen. Wenn die Abgeordneten, die hier das Handwerk und den Mittelstand zu vertreten vorhaben, wirklich nützliche Arbeit leisten wollen, so dürfen sie nicht lediglich Standesinteressen, sondern sie müssen die Interessen der Allgemeinheit wahrnehmen.

Hr. Frau Schröder (Zog.) spricht zu den Anträgen der Sozialdemokratie, die sich mit der Fürsorge für die Gefangenen befassen. Wenn die Abgeordneten, die hier das Handwerk und den Mittelstand zu vertreten vorhaben, wirklich nützliche Arbeit leisten wollen, so dürfen sie nicht lediglich Standesinteressen, sondern sie müssen die Interessen der Allgemeinheit wahrnehmen.

Hr. Frau Schröder (Zog.) spricht zu den Anträgen der Sozialdemokratie, die sich mit der Fürsorge für die Gefangenen befassen. Wenn die Abgeordneten, die hier das Handwerk und den Mittelstand zu vertreten vorhaben, wirklich nützliche Arbeit leisten wollen, so dürfen sie nicht lediglich Standesinteressen, sondern sie müssen die Interessen der Allgemeinheit wahrnehmen.

Hr. Frau Schröder (Zog.) spricht zu den Anträgen der Sozialdemokratie, die sich mit der Fürsorge für die Gefangenen befassen. Wenn die Abgeordneten, die hier das Handwerk und den Mittelstand zu vertreten vorhaben, wirklich nützliche Arbeit leisten wollen, so dürfen sie nicht lediglich Standesinteressen, sondern sie müssen die Interessen der Allgemeinheit wahrnehmen.

Hr. Frau Schröder (Zog.) spricht zu den Anträgen der Sozialdemokratie, die sich mit der Fürsorge für die Gefangenen befassen. Wenn die Abgeordneten, die hier das Handwerk und den Mittelstand zu vertreten vorhaben, wirklich nützliche Arbeit leisten wollen, so dürfen sie nicht lediglich Standesinteressen, sondern sie müssen die Interessen der Allgemeinheit wahrnehmen.

Roter Mohr im Zuchthaus.

Von Felix Zechendorf.

Vorhande ist. Ein warmer Commerstag. Der Spazierhof liegt zur Hälfte in goldigem Sonnenschein. Die eine Mauer weist kühlen Schatten.

Strahlende machen ihren Rundgang im Gängelmaße. Aus pergamentenen Gesichtern brennen hohle Augen. Schweigen, in sich gelockt, tragen sie im Kreis. Sprechen ist verboten.

Wie haben den Hof schon ausgemessen. Wie oft! Sie wissen, daß sie hundert Schritt zu jeder Runde brauchen.

Wenn sie auf die Sonnenseite kommen, reden sie sich, dehnen die Brust weit und atmen tief. Wäziger Hundst ist kommt von draußen über die Mauer.

Warten im Hof, auf einer Straßsäule, stehen zwei hübsche Mohr. Roter Mohr.

Die Gefangenen wissen vom Vorjahr, wie schön er blüht. Sie warten seit Tagen, daß die schneelosen Knospennästen plagen und die rote Frucht heranzukuhlt.

Heute ist das Wunder geschehen. Aber Nacht. Große, flammend rote Blumen glühen in der Sonne.

Wenn ein linder Lusthauch darüber streicht, ist's wie kühleres Feuer.

Und die Gefangenen gehen im Kreis und haben im Haus der Freudenlosen gefunden, wozu sie sich stören...

Hell aufleuchtet der Mohr im Strahl der Sonne.

Schwarz ist der Kontrast zum Grau der Mauer. Demlich wird's jetzt: Das Graue ist das Rote. Die rote Mut ist die Farbe des Lebens, ein jubelndes Jambal des Lebens!

Schwarz ist der Kontrast zum Grau der Mauer. Demlich wird's jetzt: Das Graue ist das Rote. Die rote Mut ist die Farbe des Lebens, ein jubelndes Jambal des Lebens!

Schwarz ist der Kontrast zum Grau der Mauer. Demlich wird's jetzt: Das Graue ist das Rote. Die rote Mut ist die Farbe des Lebens, ein jubelndes Jambal des Lebens!

Schwarz ist der Kontrast zum Grau der Mauer. Demlich wird's jetzt: Das Graue ist das Rote. Die rote Mut ist die Farbe des Lebens, ein jubelndes Jambal des Lebens!

Schwarz ist der Kontrast zum Grau der Mauer. Demlich wird's jetzt: Das Graue ist das Rote. Die rote Mut ist die Farbe des Lebens, ein jubelndes Jambal des Lebens!

Schwarz ist der Kontrast zum Grau der Mauer. Demlich wird's jetzt: Das Graue ist das Rote. Die rote Mut ist die Farbe des Lebens, ein jubelndes Jambal des Lebens!

Den Hinterbliebenen ist ein Rechtsanspruch auf Teilhabung einzuräumen. Die Kapitalabfindung zum Erwerb von Grundbesitz oder zur Unterhaltung bei der Schaffung von Eigenheimen ist mindestens wieder in dem gleichen Umfange zu bewilligen wie vor Eintritt der Inflation. Wir fordern strenge Nachprüfung des Abbaues der Schwerbeschädigten, der namentlich von Behörden und öffentlichen Körperschaften mit geradezu standstillender Rücksichtslosigkeit vollzogen worden ist. (Lebhafte Zustimmung links.) Besondere Aufmerksamkeit verdient die Rechtsprechung des Reichsversicherungsgerichts, die mit sozialem Empfinden kaum noch in Einklang gebracht werden kann.

Das Reichsversicherungsgericht hat dagegen vor kurzem eine höchstgerichtliche Entscheidung getroffen, wonach jedem aktiven Offizier, der während des Krieges, wenn auch nur kurze Zeit, ein höheres Kommando geführt hat, die Pension aus der nächsthöheren Stellung bewilligt werden muß. Dies bedeutet, daß sämtliche pensionierte Offiziere in ihrer Pensionserhöhung um eine Gehaltsgruppe gegen die bisher erhobene werden. (Lebhafte Zustimmung links.)

Die Sozialdemokratie wies an die Regierung die Frage richten, was sie zu tun gedenkt, um auch den zahlreichen aus dem Mannschaftenstand hervorgegangenen Unteroffizieren, die während eines höheren Kommando befehligt haben, eine entsprechende Verbesserung ihrer Rechtsansprüche zu gewähren. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Die Anträge werden dem zuständigen Ausschuss überwiesen. Hierauf kommen die Anträge über soziale Versicherung und Arbeiterschutz zur Beratung.

Hr. Karsten (Zog.): Die Beratungen in den Ausschüssen und im Plenum über die Anträge, die jetzt vorliegen, werden den Prüflingen dafür bilden, ob der Reichstag wissens ist, sozialpolitische Arbeit zu leisten, die das Los der Arbeiterschaft wirklich verbessert.

Wir verlangen vor allem einen wirksamen Schutz der Arbeitskraft, denn es ist besser, die Schäden zu verhindern, als hinterher Inflationen zu zahlen.

Notwendig ist die Regelung der Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe. Durch die Maßnahmen, die der Reichsarbeitminister zugestanden hat, sind wilde Zustände geschaffen worden. Der Reichstag hat die Pflicht, sie zu beseitigen. Wir haben einen Gesetzentwurf eingebracht, der die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe wieder herstellen soll. Durch eine Reihe anderer Anträge wollen wir einen wirksamen Arbeiterschutz herbeiführen. Vor allem müssen die Fragen der Unfallversicherung und der Invalidenversicherung gelöst werden.

Im vorigen Sommer hat der Reichsarbeitminister die Sozialversicherung verbessert, das die Renten und Unfallversicherung verbessern sollte. Wir warten heute noch darauf. Eine der wichtigsten Aufgaben ist die Erhöhung der Invalidenrenten. Wir verlangen als erste Maßnahme eine Erhöhung um 150%, jedoch die Rate zunächst 35 M. im Monat beträgt. Wir erwarten aber auch von der Sozialversicherung weitere Kräfte, daß im Interesse unserer Invaliden, die ihr Leben lang gearbeitet haben, alles geschieht, um ihre Existenz sicherzustellen und sie vor Hunger zu schützen. (Lebhafte Zustimmung.)

Tamst schließt die Aussprache. Die Anträge werden dem Sozialpolitischen Ausschuss, die dann folgenden Aufwertungsanträge ohne Debatte dem Aufwertungsausschuss überwiesen.

Deutlich werden ferner angenommen die Anträge, die die Regierung auffordern, schleunigst die Gesetzesentwürfe zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, über Maßnahmen der Reichsbahn und den Entwurf eines Verordnungsgebotes vorzulegen. Der Schanksteuergesetzentwurf wird dem Ausschuss für Bevölkerungspolitik überwiesen.

Deutlich werden ferner angenommen die Anträge, die die Regierung auffordern, schleunigst die Gesetzesentwürfe zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, über Maßnahmen der Reichsbahn und den Entwurf eines Verordnungsgebotes vorzulegen. Der Schanksteuergesetzentwurf wird dem Ausschuss für Bevölkerungspolitik überwiesen.

Deutlich werden ferner angenommen die Anträge, die die Regierung auffordern, schleunigst die Gesetzesentwürfe zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, über Maßnahmen der Reichsbahn und den Entwurf eines Verordnungsgebotes vorzulegen. Der Schanksteuergesetzentwurf wird dem Ausschuss für Bevölkerungspolitik überwiesen.

Deutlich werden ferner angenommen die Anträge, die die Regierung auffordern, schleunigst die Gesetzesentwürfe zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, über Maßnahmen der Reichsbahn und den Entwurf eines Verordnungsgebotes vorzulegen. Der Schanksteuergesetzentwurf wird dem Ausschuss für Bevölkerungspolitik überwiesen.

Deutlich werden ferner angenommen die Anträge, die die Regierung auffordern, schleunigst die Gesetzesentwürfe zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, über Maßnahmen der Reichsbahn und den Entwurf eines Verordnungsgebotes vorzulegen. Der Schanksteuergesetzentwurf wird dem Ausschuss für Bevölkerungspolitik überwiesen.

Deutlich werden ferner angenommen die Anträge, die die Regierung auffordern, schleunigst die Gesetzesentwürfe zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, über Maßnahmen der Reichsbahn und den Entwurf eines Verordnungsgebotes vorzulegen. Der Schanksteuergesetzentwurf wird dem Ausschuss für Bevölkerungspolitik überwiesen.

Deutlich werden ferner angenommen die Anträge, die die Regierung auffordern, schleunigst die Gesetzesentwürfe zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, über Maßnahmen der Reichsbahn und den Entwurf eines Verordnungsgebotes vorzulegen. Der Schanksteuergesetzentwurf wird dem Ausschuss für Bevölkerungspolitik überwiesen.

Deutlich werden ferner angenommen die Anträge, die die Regierung auffordern, schleunigst die Gesetzesentwürfe zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, über Maßnahmen der Reichsbahn und den Entwurf eines Verordnungsgebotes vorzulegen. Der Schanksteuergesetzentwurf wird dem Ausschuss für Bevölkerungspolitik überwiesen.

Deutlich werden ferner angenommen die Anträge, die die Regierung auffordern, schleunigst die Gesetzesentwürfe zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, über Maßnahmen der Reichsbahn und den Entwurf eines Verordnungsgebotes vorzulegen. Der Schanksteuergesetzentwurf wird dem Ausschuss für Bevölkerungspolitik überwiesen.

Deutlich werden ferner angenommen die Anträge, die die Regierung auffordern, schleunigst die Gesetzesentwürfe zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, über Maßnahmen der Reichsbahn und den Entwurf eines Verordnungsgebotes vorzulegen. Der Schanksteuergesetzentwurf wird dem Ausschuss für Bevölkerungspolitik überwiesen.

Deutlich werden ferner angenommen die Anträge, die die Regierung auffordern, schleunigst die Gesetzesentwürfe zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, über Maßnahmen der Reichsbahn und den Entwurf eines Verordnungsgebotes vorzulegen. Der Schanksteuergesetzentwurf wird dem Ausschuss für Bevölkerungspolitik überwiesen.

Deutlich werden ferner angenommen die Anträge, die die Regierung auffordern, schleunigst die Gesetzesentwürfe zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, über Maßnahmen der Reichsbahn und den Entwurf eines Verordnungsgebotes vorzulegen. Der Schanksteuergesetzentwurf wird dem Ausschuss für Bevölkerungspolitik überwiesen.

Deutlich werden ferner angenommen die Anträge, die die Regierung auffordern, schleunigst die Gesetzesentwürfe zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, über Maßnahmen der Reichsbahn und den Entwurf eines Verordnungsgebotes vorzulegen. Der Schanksteuergesetzentwurf wird dem Ausschuss für Bevölkerungspolitik überwiesen.

Deutlich werden ferner angenommen die Anträge, die die Regierung auffordern, schleunigst die Gesetzesentwürfe zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, über Maßnahmen der Reichsbahn und den Entwurf eines Verordnungsgebotes vorzulegen. Der Schanksteuergesetzentwurf wird dem Ausschuss für Bevölkerungspolitik überwiesen.

Deutlich werden ferner angenommen die Anträge, die die Regierung auffordern, schleunigst die Gesetzesentwürfe zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, über Maßnahmen der Reichsbahn und den Entwurf eines Verordnungsgebotes vorzulegen. Der Schanksteuergesetzentwurf wird dem Ausschuss für Bevölkerungspolitik überwiesen.

Deutlich werden ferner angenommen die Anträge, die die Regierung auffordern, schleunigst die Gesetzesentwürfe zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, über Maßnahmen der Reichsbahn und den Entwurf eines Verordnungsgebotes vorzulegen. Der Schanksteuergesetzentwurf wird dem Ausschuss für Bevölkerungspolitik überwiesen.

Deutlich werden ferner angenommen die Anträge, die die Regierung auffordern, schleunigst die Gesetzesentwürfe zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, über Maßnahmen der Reichsbahn und den Entwurf eines Verordnungsgebotes vorzulegen. Der Schanksteuergesetzentwurf wird dem Ausschuss für Bevölkerungspolitik überwiesen.

Am 7 Uhr verläßt sich das Haus auf Freitag 6 Uhr nachm. Auf der Tagesordnung steht: Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.

Konstituierung von Reichstagsausschüssen.

Berlin, 15. Januar. Nach der Vollziehung des Reichstages haben sich verschiedene Reichstagsausschüsse konstituiert. Der Untersuchungsausschuss für die Barmat-Kredite wählte den Abgeordneten Wanger (Zog.) zum Vorsitzenden und den Abgeordneten Bruhn (Zug.) zum Stellvertretenden Vorsitzenden. Von den Demokraten gehört der Abgeordnete Koch dem Ausschuss an.

Im Ausschuss für Aufwertungsfragen wurde der Abgeordnete Steiniger (Zug.) zum Vorsitzenden gewählt, Abgeordnete Keil (Zog.) zum Stellvertretenden Vorsitzenden und Abgeordnete Seiler (Zug.) zum Berichterstatter.

Im Ausschuss für Kriegsbeschädigtenfragen erhielt der Abgeordnete Kröger (Zog.) das Mandat des Vorsitzenden und Abgeordnete Radtke (Zug.) das des Stellvertretenden Vorsitzenden.

Im Ausschuss für die besetzten Gebiete wurde Abgeordnete Bahnerdörfer (Zug.) zum Vorsitzenden und Abgeordnete Dr. Jorissen (Zug.) zum Stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Die nächste Sitzung des Ausschusses für die besetzten Gebiete findet am Freitag vormittag 10 Uhr statt.

Sozialdemokratische Anträge.

Berlin, 16. Januar. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat zur Aufwertungsfrage folgenden Antrag eingebracht: Die Reichsregierung ist ersucht, schleunigst folgende Gesetzesentwürfe vorzulegen:

1. einen Gesetzentwurf zur Bekämpfung des Geldwertverlustes während der Inflation während der Zeit der Geldentwertung (§ 24 der dritten Steuerreformverordnung);

2. einen Gesetzentwurf zur Bekämpfung der während der Zeit der Geldentwertung durch Ausgabe von Reichgeld erzeugten Gewinne (§ 25 der dritten Steuerreformverordnung);

3. einen Gesetzentwurf, durch den die in den §§ 33 bis 36 der dritten Steuerreformverordnung den Ländern vorgehaltenen Steuern auf die infolge der Geldentwertung entfallenden und damit Grundbesitz in eine Reichsteuer umgewandelt wird.

Der Antrag der Elemente soll zur Wiederannahme des Induzendens der öffentlichen Anleihen Verwendung finden.

Berlin, 16. Januar. Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag folgende Interpellation eingebracht: Nach amtlichen Mitteilungen sind in Ober-Schlesien mindestens 8000 Flüchtlinge als Opfer der Abtrennung eines Teiles des Ober-Schlesien nach Polen in menschennwürdiger Weise umgekommen. Infolge Verdrängung zahlreicher Ökonomen aus Polen dürfte sich diese Zahl in nächster Zeit noch erheblich vermehren. Sind schon, insoweit der allgemeinen herrschenden Wohnungsverhältnisse in ober-schlesischen Städten und Gemeinden unhalbar, so wahren sie sich durch den Zustrom der Flüchtlinge zu einer fürchterlichen Katastrophe an. Die Gefahren in gesundheitlicher und sittlicher Beziehung vergrößern sich von Tag zu Tag. Die bisher getroffenen Maßnahmen reichen nicht aus, um das Wohnungsbedürfnis zu befriedigen. Was gebietet die Reichsregierung zur schleunigsten und durchgreifenden Abhilfe zu tun?

Berlin, 16. Januar. Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag folgende Interpellation eingebracht: Nach amtlichen Mitteilungen sind in Ober-Schlesien mindestens 8000 Flüchtlinge als Opfer der Abtrennung eines Teiles des Ober-Schlesien nach Polen in menschennwürdiger Weise umgekommen. Infolge Verdrängung zahlreicher Ökonomen aus Polen dürfte sich diese Zahl in nächster Zeit noch erheblich vermehren. Sind schon, insoweit der allgemeinen herrschenden Wohnungsverhältnisse in ober-schlesischen Städten und Gemeinden unhalbar, so wahren sie sich durch den Zustrom der Flüchtlinge zu einer fürchterlichen Katastrophe an. Die Gefahren in gesundheitlicher und sittlicher Beziehung vergrößern sich von Tag zu Tag. Die bisher getroffenen Maßnahmen reichen nicht aus, um das Wohnungsbedürfnis zu befriedigen. Was gebietet die Reichsregierung zur schleunigsten und durchgreifenden Abhilfe zu tun?

Berlin, 16. Januar. Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag folgende Interpellation eingebracht: Nach amtlichen Mitteilungen sind in Ober-Schlesien mindestens 8000 Flüchtlinge als Opfer der Abtrennung eines Teiles des Ober-Schlesien nach Polen in menschennwürdiger Weise umgekommen. Infolge Verdrängung zahlreicher Ökonomen aus Polen dürfte sich diese Zahl in nächster Zeit noch erheblich vermehren. Sind schon, insoweit der allgemeinen herrschenden Wohnungsverhältnisse in ober-schlesischen Städten und Gemeinden unhalbar, so wahren sie sich durch den Zustrom der Flüchtlinge zu einer fürchterlichen Katastrophe an. Die Gefahren in gesundheitlicher und sittlicher Beziehung vergrößern sich von Tag zu Tag. Die bisher getroffenen Maßnahmen reichen nicht aus, um das Wohnungsbedürfnis zu befriedigen. Was gebietet die Reichsregierung zur schleunigsten und durchgreifenden Abhilfe zu tun?

Berlin, 16. Januar. Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag folgende Interpellation eingebracht: Nach amtlichen Mitteilungen sind in Ober-Schlesien mindestens 8000 Flüchtlinge als Opfer der Abtrennung eines Teiles des Ober-Schlesien nach Polen in menschennwürdiger Weise umgekommen. Infolge Verdrängung zahlreicher Ökonomen aus Polen dürfte sich diese Zahl in nächster Zeit noch erheblich vermehren. Sind schon, insoweit der allgemeinen herrschenden Wohnungsverhältnisse in ober-schlesischen Städten und Gemeinden unhalbar, so wahren sie sich durch den Zustrom der Flüchtlinge zu einer fürchterlichen Katastrophe an. Die Gefahren in gesundheitlicher und sittlicher Beziehung vergrößern sich von Tag zu Tag. Die bisher getroffenen Maßnahmen reichen nicht aus, um das Wohnungsbedürfnis zu befriedigen. Was gebietet die Reichsregierung zur schleunigsten und durchgreifenden Abhilfe zu tun?

Berlin, 16. Januar. Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag folgende Interpellation eingebracht: Nach amtlichen Mitteilungen sind in Ober-Schlesien mindestens 8000 Flüchtlinge als Opfer der Abtrennung eines Teiles des Ober-Schlesien nach Polen in menschennwürdiger Weise umgekommen. Infolge Verdrängung zahlreicher Ökonomen aus Polen dürfte sich diese Zahl in nächster Zeit noch erheblich vermehren. Sind schon, insoweit der allgemeinen herrschenden Wohnungsverhältnisse in ober-schlesischen Städten und Gemeinden unhalbar, so wahren sie sich durch den Zustrom der Flüchtlinge zu einer fürchterlichen Katastrophe an. Die Gefahren in gesundheitlicher und sittlicher Beziehung vergrößern sich von Tag zu Tag. Die bisher getroffenen Maßnahmen reichen nicht aus, um das Wohnungsbedürfnis zu befriedigen. Was gebietet die Reichsregierung zur schleunigsten und durchgreifenden Abhilfe zu tun?

Berlin, 16. Januar. Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag folgende Interpellation eingebracht: Nach amtlichen Mitteilungen sind in Ober-Schlesien mindestens 8000 Flüchtlinge als Opfer der Abtrennung eines Teiles des Ober-Schlesien nach Polen in menschennwürdiger Weise umgekommen. Infolge Verdrängung zahlreicher Ökonomen aus Polen dürfte sich diese Zahl in nächster Zeit noch erheblich vermehren. Sind schon, insoweit der allgemeinen herrschenden Wohnungsverhältnisse in ober-schlesischen Städten und Gemeinden unhalbar, so wahren sie sich durch den Zustrom der Flüchtlinge zu einer fürchterlichen Katastrophe an. Die Gefahren in gesundheitlicher und sittlicher Beziehung vergrößern sich von Tag zu Tag. Die bisher getroffenen Maßnahmen reichen nicht aus, um das Wohnungsbedürfnis zu befriedigen. Was gebietet die Reichsregierung zur schleunigsten und durchgreifenden Abhilfe zu tun?

Berlin, 16. Januar. Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag folgende Interpellation eingebracht: Nach amtlichen Mitteilungen sind in Ober-Schlesien mindestens 8000 Flüchtlinge als Opfer der Abtrennung eines Teiles des Ober-Schlesien nach Polen in menschennwürdiger Weise umgekommen. Infolge Verdrängung zahlreicher Ökonomen aus Polen dürfte sich diese Zahl in nächster Zeit noch erheblich vermehren. Sind schon, insoweit der allgemeinen herrschenden Wohnungsverhältnisse in ober-schlesischen Städten und Gemeinden unhalbar, so wahren sie sich durch den Zustrom der Flüchtlinge zu einer fürchterlichen Katastrophe an. Die Gefahren in gesundheitlicher und sittlicher Beziehung vergrößern sich von Tag zu Tag. Die bisher getroffenen Maßnahmen reichen nicht aus, um das Wohnungsbedürfnis zu befriedigen. Was gebietet die Reichsregierung zur schleunigsten und durchgreifenden Abhilfe zu tun?

Berlin, 16. Januar. Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag folgende Interpellation eingebracht: Nach amtlichen Mitteilungen sind in Ober-Schlesien mindestens 8000 Flüchtlinge als Opfer der Abtrennung eines Teiles des Ober-Schlesien nach Polen in menschennwürdiger Weise umgekommen. Infolge Verdrängung zahlreicher Ökonomen aus Polen dürfte sich diese Zahl in nächster Zeit noch erheblich vermehren. Sind schon, insoweit der allgemeinen herrschenden Wohnungsverhältnisse in ober-schlesischen Städten und Gemeinden unhalbar, so wahren sie sich durch den Zustrom der Flüchtlinge zu einer fürchterlichen Katastrophe an. Die Gefahren in gesundheitlicher und sittlicher Beziehung vergrößern sich von Tag zu Tag. Die bisher getroffenen Maßnahmen reichen nicht aus, um das Wohnungsbedürfnis zu befriedigen. Was gebietet die Reichsregierung zur schleunigsten und durchgreifenden Abhilfe zu tun?

Berlin, 16. Januar. Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag folgende Interpellation eingebracht: Nach amtlichen Mitteilungen sind in Ober-Schlesien mindestens 8000 Flüchtlinge als Opfer der Abtrennung eines Teiles des Ober-Schlesien nach Polen in menschennwürdiger Weise umgekommen. Infolge Verdrängung zahlreicher Ökonomen aus Polen dürfte sich diese Zahl in nächster Zeit noch erheblich vermehren. Sind schon, insoweit der allgemeinen herrschenden Wohnungsverhältnisse in ober-schlesischen Städten und Gemeinden unhalbar, so wahren sie sich durch den Zustrom der Flüchtlinge zu einer fürchterlichen Katastrophe an. Die Gefahren in gesundheitlicher und sittlicher Beziehung vergrößern sich von Tag zu Tag. Die bisher getroffenen Maßnahmen reichen nicht aus, um das Wohnungsbedürfnis zu befriedigen. Was gebietet die Reichsregierung zur schleunigsten und durchgreifenden Abhilfe zu tun?

Berlin, 16. Januar. Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag folgende Interpellation eingebracht: Nach amtlichen Mitteilungen sind in Ober-Schlesien mindestens 8000 Flüchtlinge als Opfer der Abtrennung eines Teiles des Ober-Schlesien nach Polen in menschennwürdiger Weise umgekommen. Infolge Verdrängung zahlreicher Ökonomen aus Polen dürfte sich diese Zahl in nächster Zeit noch erheblich vermehren. Sind schon, insoweit der allgemeinen herrschenden Wohnungsverhältnisse in ober-schlesischen Städten und Gemeinden unhalbar, so wahren sie sich durch den Zustrom der Flüchtlinge zu einer fürchterlichen Katastrophe an. Die Gefahren in gesundheitlicher und sittlicher Beziehung vergrößern sich von Tag zu Tag. Die bisher getroffenen Maßnahmen reichen nicht aus, um das Wohnungsbedürfnis zu befriedigen. Was gebietet die Reichsregierung zur schleunigsten und durchgreifenden Abhilfe zu tun?

Berlin, 16. Januar. Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag folgende Interpellation eingebracht: Nach amtlichen Mitteilungen sind in Ober-Schlesien mindestens 8000 Flüchtlinge als Opfer der Abtrennung eines Teiles des Ober-Schlesien nach Polen in menschennwürdiger Weise umgekommen. Infolge Verdrängung zahlreicher Ökonomen aus Polen dürfte sich diese Zahl in nächster Zeit noch erheblich vermehren. Sind schon, insoweit der allgemeinen herrschenden Wohnungsverhältnisse in ober-schlesischen Städten und Gemeinden unhalbar, so wahren sie sich durch den Zustrom der Flüchtlinge zu einer fürchterlichen Katastrophe an. Die Gefahren in gesundheitlicher und sittlicher Beziehung vergrößern sich von Tag zu Tag. Die bisher getroffenen Maßnahmen reichen nicht aus, um das Wohnungsbedürfnis zu befriedigen. Was gebietet die Reichsregierung zur schleunigsten und durchgreifenden Abhilfe zu tun?

Berlin, 16. Januar. Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag folgende Interpellation eingebracht: Nach amtlichen Mitteilungen sind in Ober-Schlesien mindestens 8000 Flüchtlinge als Opfer der Abtrennung eines Teiles des Ober-Schlesien nach Polen in menschennwürdiger Weise umgekommen. Infolge Verdrängung zahlreicher Ökonomen aus Polen dürfte sich diese Zahl in nächster Zeit noch erheblich vermehren. Sind schon, insoweit der allgemeinen herrschenden Wohnungsverhältnisse in ober-schlesischen Städten und Gemeinden unhalbar, so wahren sie sich durch den Zustrom der Flüchtlinge zu einer fürchterlichen Katastrophe an. Die Gefahren in gesundheitlicher und sittlicher Beziehung vergrößern sich von Tag zu Tag. Die bisher getroffenen Maßnahmen reichen nicht aus, um das Wohnungsbedürfnis zu befriedigen. Was gebietet die Reichsregierung zur schleunigsten und durchgreifenden Abhilfe zu tun?

Berlin, 16. Januar. Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag folgende Interpellation eingebracht: Nach amtlichen Mitteilungen sind in Ober-Schlesien mindestens 8000 Flüchtlinge als Opfer der Abtrennung eines Teiles des Ober-Schlesien nach Polen in menschennwürdiger Weise umgekommen. Infolge Verdrängung zahlreicher Ökonomen aus Polen dürfte sich diese Zahl in nächster Zeit noch erheblich vermehren. Sind schon, insoweit der allgemeinen herrschenden Wohnungsverhältnisse in ober-schlesischen Städten und Gemeinden unhalbar, so wahren sie sich durch den Zustrom der Flüchtlinge zu einer fürchterlichen Katastrophe an. Die Gefahren in gesundheitlicher und sittlicher Beziehung vergrößern sich von Tag zu Tag. Die bisher getroffenen Maßnahmen reichen nicht aus, um das Wohnungsbedürfnis zu befriedigen. Was gebietet die Reichsregierung zur schleunigsten und durchgreifenden Abhilfe zu tun?

Berlin, 16. Januar. Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag folgende Interpellation eingebracht: Nach amtlichen Mitteilungen sind in Ober-Schlesien mindestens 8000 Flüchtlinge als Opfer der Abtrennung eines Teiles des Ober-Schlesien nach Polen in menschennwürdiger Weise umgekommen. Infolge Verdrängung zahlreicher Ökonomen aus Polen dürfte sich diese Zahl in nächster Zeit noch erheblich vermehren. Sind schon, insoweit der allgemeinen herrschenden Wohnungsverhältnisse in ober-schlesischen Städten und Gemeinden unhalbar, so wahren sie sich durch den Zustrom der Flüchtlinge zu einer fürchterlichen Katastrophe an. Die Gefahren in gesundheitlicher und sittlicher Beziehung vergrößern sich von Tag zu Tag. Die bisher getroffenen Maßnahmen reichen nicht aus, um das Wohnungsbedürfnis zu befriedigen. Was gebietet die Reichsregierung zur schleunigsten und durchgreifenden Abhilfe zu tun?

Berlin, 16. Januar. Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag folgende Interpellation eingebracht: Nach amtlichen Mitteilungen sind in Ober-Schlesien mindestens 8000 Flüchtlinge als Opfer der Abtrennung eines Teiles des Ober-Schlesien nach Polen in menschennwürdiger Weise umgekommen. Infolge Verdrängung zahlreicher Ökonomen aus Polen dürfte sich diese Zahl in nächster Zeit noch erheblich vermehren. Sind schon, insoweit der allgemeinen herrschenden Wohnungsverhältnisse in ober-schlesischen Städten und Gemeinden unhalbar, so wahren sie sich durch den Zustrom der Flüchtlinge zu einer fürchterlichen Katastrophe an. Die Gefahren in gesundheitlicher und sittlicher Beziehung vergrößern sich von Tag zu Tag. Die bisher getroffenen Maßnahmen reichen nicht aus, um das Wohnungsbedürfnis zu befriedigen. Was gebietet die Reichsregierung zur schleunigsten und durchgreifenden Abhilfe zu tun?

Berlin, 16. Januar. Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag folgende Interpellation eingebracht: Nach amtlichen Mitteilungen sind in Ober-Schlesien mindestens 8000 Flüchtlinge als Opfer der Abtrennung eines Teiles des Ober-Schlesien nach Polen in menschennwürdiger Weise umgekommen. Infolge Verdrängung zahlreicher Ökonomen aus Polen dürfte sich diese Zahl in nächster Zeit noch erheblich vermehren. Sind schon, insoweit der allgemeinen herrschenden Wohnungsverhältnisse in ober-schlesischen Städten und Gemeinden unhalbar, so wahren sie sich durch den Zustrom der Flüchtlinge zu einer fürchterlichen Katastrophe an. Die Gefahren in gesundheitlicher und sittlicher Beziehung vergrößern sich von Tag zu Tag. Die bisher getroffenen Maßnahmen reichen nicht aus, um das Wohnungsbedürfnis zu befriedigen. Was gebietet die Reichsregierung zur schleunigsten und durchgreifenden Abhilfe zu tun?

Berlin, 16. Januar. Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag folgende Interpellation eingebracht: Nach amtlichen Mitteilungen sind in Ober-Schlesien mindestens 8000 Flüchtlinge als Opfer der Abtrennung eines Teiles des Ober-Schlesien nach Polen in menschennwürdiger Weise umgekommen. Infolge Verdrängung zahlreicher Ökonomen aus Polen dürfte sich diese Zahl in nächster Zeit noch erheblich vermehren. Sind schon, insoweit der allgemeinen herrschenden Wohnungsverhältnisse in ober-schlesischen Städten und Gemeinden unhalbar, so wahren sie sich durch den Zustrom der Flüchtlinge zu einer fürchterlichen Katastrophe an. Die Gefahren in gesundheitlicher und sittlicher Beziehung vergrößern sich von Tag zu Tag. Die bisher getroffenen Maßnahmen reichen nicht aus, um das Wohnungsbedürfnis zu befriedigen. Was gebietet die Reichsregierung zur schleunigsten und durchgreifenden Abhilfe zu tun?

Berlin, 16. Januar. Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag folgende Interpellation eingebracht: Nach amtlichen Mitteilungen sind in Ober-Schlesien mindestens 8000 Flüchtlinge als Opfer der Abtrennung eines Teiles des Ober-Schlesien nach Polen in menschennwürdiger Weise umgekommen. Infolge Verdrängung zahlreicher Ökonomen aus Polen dürfte sich diese Zahl in nächster Zeit noch erheblich vermehren. Sind schon, insoweit der allgemeinen herrschenden Wohnungsverhältnisse in ober-schlesischen Städten und Gemeinden unhalbar, so wahren sie sich durch den Zustrom der Flüchtlinge zu einer fürchterlichen Katastrophe an. Die Gefahren in gesundheitlicher und sittlicher Beziehung vergrößern sich von Tag zu Tag. Die bisher getroffenen Maßnahmen reichen nicht aus, um das Wohnungsbedürfnis zu befriedigen. Was gebietet die Reichsregierung zur schleunigsten und durchgreifenden Abhilfe zu tun?

Der Kampf um Preußen.

Berlin, 15. Januar.

Im preussischen Landtag waren am Donnerstag alle Fraktionen zusammengetreten, um sich über die weitere Stellungnahme zum Kabinett Braun und vor allem zu den gegen dieses Kabinett vorliegenden Misstrauensvoten der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Kommunisten schärflich zu werden. Das meiste Interesse beanspruchte die Zentrumsfraktion, weil es vom Zentrum abhängt, ob das Kabinett Braun in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung im Amt bleiben kann oder nicht. Es scheint nun allerdings, als ob innerhalb des Zentrums sich gewisse Bestrebungen durchzusetzen beginnen, die zum wenigsten eine einseitige Bindung nach links vermeiden und eine klare Oppositionsstellung gegen das bisherige Kabinett verhindern wollen. Die Beratungen sind noch nicht abgeschlossen, und es ist auch nicht anzunehmen, daß eine Entscheidung bereits morgen, bei Besprechung der Regierungserklärung, fallen wird.

Über die gegenwärtige Auffassung des Zentrums in der preussischen Frage erfahren wir folgendes: Bei der preussischen Zentrumsfraktion ist es beschlossene Sache, daß auch in Preußen, in längerer oder kürzerer Frist, eine Umbildung nach rechts vorgenommen werden muß. Unentschieden ist die Frage des Zeitpunktes. Was unterrichtet den Zentrumsfraktion ist die direkte Stellung gegen das Kabinett unbedingt notwendig, dem Ministerpräsidenten aber nahelegen will, angelehnt der auf die Dauer unhaltbaren Situation einen Beschluß auf Rücktritt des Kabinetts herbeizuführen. Ministerpräsident Braun hat sich die Entscheidung vorbehalten, da er sich zunächst mit seiner Fraktion und der sozialdemokratischen Parteifraktion ins Einvernehmen setzen will.

Über die gegenwärtige Auffassung des Zentrums in der preussischen Frage erfahren wir folgendes: Bei der preussischen Zentrumsfraktion ist es beschlossene Sache, daß auch in Preußen, in längerer oder kürzerer Frist, eine Umbildung nach rechts vorgenommen werden muß. Unentschieden ist die Frage des Zeitpunktes. Was unterrichtet den Zentrumsfraktion ist die direkte Stellung gegen das Kabinett unbedingt notwendig, dem Ministerpräsidenten aber nahelegen will, angelehnt der auf die Dauer unhaltbaren Situation einen Beschluß auf Rücktritt des Kabinetts herbeizuführen. Ministerpräsident Braun hat sich die Entscheidung vorbehalten, da er sich zunächst mit seiner Fraktion und der sozialdemokratischen Parteifraktion ins Einvernehmen setzen will.

Über die gegenwärtige Auffassung des Zentrums in der preussischen Frage erfahren wir folgendes: Bei der preussischen Zentrumsfraktion ist es beschlossene Sache, daß auch in Preußen, in längerer oder kürzerer Frist, eine Umbildung nach rechts vorgenommen werden muß. Unentschieden ist die Frage des Zeitpunktes. Was unterrichtet den Zentrumsfraktion ist die direkte Stellung gegen das Kabinett unbedingt notwendig, dem Ministerpräsidenten aber nahelegen will, angelehnt der auf die Dauer unhaltbaren Situation einen Beschluß auf Rücktritt des Kabinetts herbeizuführen. Ministerpräsident Braun hat sich die Entscheidung vorbehalten, da er sich zunächst mit seiner Fraktion und der sozialdemokratischen Parteifraktion ins Einvernehmen setzen will.

Über die gegenwärtige Auffassung des Zentrums in der preussischen Frage erfahren wir folgendes: Bei der preussischen Zentrumsfraktion ist es beschlossene Sache, daß auch in Preußen, in längerer oder kürzerer Frist, eine Umbildung nach rechts vorgenommen werden muß. Unentschieden ist die Frage des Zeitpunktes. Was unterrichtet den Zentrumsfraktion ist die direkte Stellung gegen das Kabinett unbedingt notwendig, dem Ministerpräsidenten aber nahelegen will, angelehnt der auf die Dauer unhaltbaren Situation einen Beschluß auf Rücktritt des Kabinetts herbeizuführen. Ministerpräsident Braun hat sich die Entscheidung vorbehalten, da er sich zunächst mit seiner Fraktion und der sozialdemokratischen Parteifraktion ins Einvernehmen setzen will.

Über die gegenwärtige Auffassung des Zentrums in der preussischen Frage erfahren wir folgendes: Bei der preussischen Zentrumsfraktion ist es beschlossene Sache, daß auch in Preußen, in längerer oder kürzerer Frist, eine Umbildung nach rechts vorgenommen werden muß. Unentschied

417 000 000 Reichsmark Mehreinnahmen an Reichsüberweisungskonten usw., 408 000 000 Reichsmark Erträge der preussischen Steuern nach Abzug der Gemeindefürsorge an der Hauszinssteuer und des für Zwecke der Neubekämpfung des Staats zu verwendenden Teils der Hauszinssteuer, 194 939 000 Reichsmark Betriebs-einnahmen und 388 351 000 Reichsmark Verwaltungseinnahmen.

Häufiger ist der preussische Etat natürlich ausgefallen. Wenn man aber die einzelnen Einnahmeposten prüft, ergibt sich, daß der Ausgleich durch Einstellung eines sogenannten Ausgleichsfonds erzielt worden ist. Dieser Ausgleichsfonds ist in den Einnahmen unter Mehreinnahmen an Reichsüberweisungskonten und aus Erhöhungen preussischer Einnahmen aufgeführt. (Siehe die obigen Angaben über die Einnahmen.) Er wurde notwendig, da sich die wirklichen Einnahmen im preussischen Etat, infolge der gegen Ende 1924 abgelaufenen Regelung der Einkommensteuer und des am 31. März 1925 ablaufenden Finanzausgleichs, nicht verhalten lassen.

Der Etat enthält weiterhin Angaben über die Kreditpolitik des preussischen Staates. Die von Preußen aufgenommenen Kreditlinien sind nicht in den Etat eingestuft worden. Diese Tatsache wird mit dem Hinweis auf die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Monate erklärt, die eine Unterbrechung staatlicher Anleihen im In- und Ausland in Zukunft wieder möglich erscheinen lassen. Wenn das aber nicht eintritt, wird Preußen die Anleihenangebote aus bereiten Mitteln, nötigenfalls unter Zuhilfenahme kurzfristiger Kredite, bestreiten müssen, um die Deckung sicherzustellen.

Bayerns Bekenntnis zum christlichen Staat.

Die Annahme der Kirchenverträge.

München, 15. Januar.

Am Donnerstagabend wurde die Debatte des bayerischen Landtags über das Koncordat beendet. In der Abstimmung wurden sämtliche Entwürfe der Opposition, sowohl die der Sozialdemokraten, der Volksigen wie der Demokraten, mit 70 gegen 50 Stimmen abgelehnt. Bei dem sozialdemokratischen Sammeltag erklärte der Vertreter der Volksigen, daß ihm und seiner Fraktion dieser Antrag durchaus sympathisch sei, weil er über die Annahme der Kirchenverträge zur Voraussetzung habe und die Volksigen grundsätzlich gegen die Annahme der Verträge seien, enthalte sich seine Fraktion der Stimme. In der Abstimmung zu diesem Antrag schlossen sich auch die Kommunisten dieser Richtung an, jedoch der sozialdemokratische Antrag in namentlicher Abstimmung mit 74 Nein gegen 26 Ja bei 25 Enthaltungen abgelehnt wurde.

Angenommen wurde der Antrag der Koalitionsparteien, daß hinsichtlich der freiwilligen Leistungen des Staates an die christliche Kirche dem Grundgedanken der Parität auch künftig Rechnung zu tragen sei. Ferner wurde ein deutschnationaler Antrag angenommen, demzufolge die Staatsregierung dem Landtag eine Übersicht vorzulegen hat, aus der hervorgeht, in welcher Zahlmengen und in welchem Ausmaß seit dem Inkrafttreten der Reichsverfassung sich in Bayern die Eiden und Kongregationen vermehrt haben, bez. welche Eiden und Kongregationen an dieser Mehrung beteiligt sind. Schließlich wurde in namentlicher Abstimmung über das Mantelgesetz abgestimmt, das mit 73 gegen 52 Stimmen angenommen wurde. Gegen das Gesetz stimmten 21 Sozialdemokraten, 7 Kommunisten, 2 Demokraten, 15 Volksigen und die Abgeordneten Langer, Gollwitzer und Naffjan von der Deutschen Volkspartei. Dieses Ergebnis wurde auf der rechten Seite des Hauses mit lebhaftem Bravo aufgenommen, während die Kommunisten den Koalitionsparteien viel Glück auf die Reise nach Rom wünschten. Präsident Rönigebauer dankte an

der Abstimmung eine kurze Ansprache, in der er seiner Befriedigung darüber Ausdruck gab und erklärte, daß damit dem bayerischen Volke eine schwere Bestätigung erteilt wurde, da die Ablehnung der Kirchenverträge ganz sicher die Auflösung des Reiches zur Folge gehabt hätte. Mit dem Entschluß bekennend sich nunmehr Bayern als christlicher Staat, und nunmehr könnte die christliche Kirche in edler Weltlichkeit ihre moralischen Kräfte zur Befreiung des Volkes entfalten.

Der Völkerbund u. die Räumungsfrage

Von Dr. Hans Wehberg (Berlin).

Wie bezeichnend ist es doch, daß auf Antrag der Räumung der Röhre Zone gar nicht vom Völkerbunde die Rede war! Niemand in Deutschland hat zu hoffen gewagt, daß sich der Völkerbund zu Hilfe kommen werde, um die Räumung zu erzwingen. Deutschland hat in den meisten Fällen, da der Völkerbund sich mit einer deutschen Forderung befaßt, außerordentlich unabhängig geäußert, man denke nur an Capen-Walden und das Saargebiet. Es hat ferner bei den wiederholten Besuchen, Streitfragen, die nicht ausdrücklich durch den Friedensvertrag dem Völkerbunde überwiesen waren, vor dem Genfer Forum zu bringen, eine lächliche Abweisung erfahren, jedoch ein erneuter Versuch auch in der Räumungsfrage so gut wie aussichtslos schien. Als die deutsche Regierung in einer Denkschrift an den Völkerbund vom 10. März 1921 wegen der Verletzung der deutschen Gebiete durch die Alliierten protestierte und den Antrag stellte, beim Völkerbunde gemäß Artikel 15 sofort ein Schlichtungsverfahren einzuleiten und die von den Alliierten angewandten Gewaltmaßnahmen aufzuheben zu lassen, bestand der einzige Erfolg darin, daß Deutschland vom Generalsekretariat in Genf eine formelle Empfindungsbestätigung erhielt. Diese Bestätigung führte dahin, daß sich die deutsche Regierung anlässlich des Ruhrstreiks überhaupt nicht an den Völkerbund wandte. Wohl aber lenkte damals in der deutschen Öffentlichkeit, wenn auch zaghaft, der Gedanke an, bei dem Völkerbunde Schutz zu suchen. Auch außerhalb Deutschlands haben fernerzeit zahlreiche Völkerbundkritiker und Arbeiterverbände die Überweisung des Ruhrstreiks an den Völkerbund gefordert.

Wenn man sich vergegenwärtigt, wie lächerlich der Völkerbund von anderen Staaten benutzt wird, um ihr Recht in irgendeiner Frage durchzusetzen, so muß man sich wundern, daß dieses politische Instrument in Genf fast gar nicht in den Dienst der deutschen Diplomatie gestellt wird. Ungarn, das sich in ähnlicher (wenn auch zum Teil günstiger) Situation wie die deutsche Regierung befindet, hat den Völkerbundrat zu wiederholten Malen angerufen, z. B. bei der Erklärung von Grenzverletzungen und der Entgegnung ungarischer Opponenten durch die rumänische Regierung. Es hat sich nicht dadurch abschrecken lassen, daß sein erster Appell an den Völkerbund (wegen der kriegerischen Haltung der kleinen Entente gegenüber Ungarn aus Anlaß des zweiten Karli-Patiches) aus formalen Gründen nicht zur Verhandlung gelangte und deshalb ergebnislos blieb. Ungarn hat vielmehr mit aller Energie den Eintritt in den Völkerbund erklart und auf diesem Wege seine Interessen durchzusetzen versucht. Es ist noch in aller Erinnerung, welche starken Eindruck die Rede des Grafen Apponyi

in der dritten Kommission der fünften Bundesversammlung, aus Anlaß der Verhandlungen über das Genfer Protokoll, auf alle Anwesenden machte.

Gewiß haben diejenigen Staaten, die sich, wie Litauen, in seinem Kampfe mit Polen, und wie Estland in seinem Kampfe gegen die sowjetischen Truppen an den Völkerbund wandten, keineswegs immer ihr Recht erhalten. Aber im internationalen Leben ist schon viel damit gewonnen, wenn man, durch seine Vertretung seiner Rechte, die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich lenkt und den Boden vorbereitet, auf den eine Anerkennung dieser Rechte möglich erscheint. Es ist nicht klug, seine Rechte zu verheimlichen. Protokoll allein nützen wenig, um seinen Ansprüchen zum Erfolg zu verhelfen. Deshalb tritt es in der Räumungsfrage wieder hervor, daß Deutschland seine Stellung erheblich verbessern könnte, wenn es dafür sorgte, daß Fragen aus der Räumung des Ruhrstreiks vor den höchsten internationalen Gerichtshof des Völkerbundes gebracht werden könnten.

Man hat viel davon gesprochen, daß Frankreich bei der Ratifikation jenes Protokolls, wodurch der höchste internationale Gerichtshof als obligatorische Instanz für Streitfragen eingeführt wird, einen Vorbehalt zugunsten solcher Streitigkeiten machte, die sich auf die Auslegung der Friedensverträge beziehen. Es ist jedoch keineswegs sicher, daß ein solcher Vorbehalt, der an sich, nach dem Genfer Protokoll, zulässig wäre, wirklich von Frankreich oder anderen Mächten angebracht werden wird. Selbst wenn aber Frankreich auf dieser Annahme bestehen würde, so würde das nicht hindern, daß Deutschland, wäre es Mitglied des Völkerbundes, die aus dem Friedensverträge sich ergebenden Streitigkeiten vor den Völkerbundrat bringen könnte. Dort wäre Deutschlands Stellung zwar weniger günstig, weil der Völkerbundrat kein unparteiisches Gericht, sondern eine politische Körperschaft ist. Aber wir haben in dem Ruhr-Stillstand, welche moralische Wirkung die Anwesenheit hervorragender Mitglieder neutraler Mächte im Rate auf die Verhandlung von Streitfragen ausüben kann.

Die Räumungsfrage hätte ohne weiteres vor den Völkerbundrat gebracht werden können, wenn Deutschland Mitglied des Völkerbundes wäre. Da Deutschland in seiner letzten Note an das Generalsekretariat des Völkerbundes vom 12. Dezember 1921 erklärt hat, es habe seit September 1921 den Beitritt zum Völkerbunde beabsichtigt, so wäre es besser gewesen, wenn, durch gezielte Anknüpfung der in Genf im September vorhandenen Stimmung, der Eintritt Deutschlands damals bereits erfolgt wäre. Hatte die deutsche Regierung überhaupt vor, dem Völkerbunde in

den Beitritt zu verweigern, so hätte sie den Beitritt nicht länger verweigern sollen, um jedoch in der Lage zu sein, alle Fragen vor den Völkerbund bringen zu können. Nach dem Artikel 17 der Satzung steht den Mitgliedern des Völkerbundes kein Recht zu, einen Streit mit einem Mitgliede vor dem Völkerbunde anhängig zu machen. Nur die Mitglieder selbst haben ein solches Recht. Deutschland würde daher in der Räumungsfrage eine ungünstigere Stellung eingenommen haben, wenn es bereits Mitglied des Völkerbundes wäre. Wir glauben freilich nicht, daß der Völkerbundrat in diesem Falle den Streit den Völkern überlassen hätte, die erste Instanz zu bilden. Der Völkerbundrat ist leider noch zu sehr von dem Willen der Alliierten abhängig. Diese sind zwar mit dem Völkerbunde nicht identisch, haben aber im Grunde noch einen starken Einfluß. Deutschland würde jedoch als Mitglied die Möglichkeit gehabt haben, durch sofortige Einberufung des Völkerbundes die Angelegenheit vor der ganzen Welt zur Sprache zu bringen. Die Alliierten würden sich dann zu rechtzeitigen Verhandlungen veranlaßt gesehen und Deutschland vor allem das angeblich benötigte Material längst vorgelegt haben.

Bei aller Skepsis, die gegenüber dem Völkerbunde, gerade nach Mcomorals Rücktritt, immerhin verhältnismäßig existiert, sollte Deutschland lieber als bisher von den durch den Völkerbund gegebenen politischen Möglichkeiten Gebrauch machen. Der Völkerbund besteht und ist eine zentrale internationaler Politik. Wir müssen die durch ihn gegebenen Möglichkeiten in den Dienst gerechter deutscher Ansprüche stellen und verhindern, daß das Genfer Forum dadurch, daß wir uns von ihm fernhalten, lediglich dem diplomatischen Spiel unserer Gegner offensteht.

Revolutionserinnerungen.

Der betäubte Kriegsgeld.

München, 15. Januar.

Am Donnerstag spielte sich vor dem Reichsgericht München ein Beidungsprozess ab, der interessante Rückblicke auf die bewegten Stunden des 7. November 1918 gewährt, als in München die Revolution in Gang kam. Vor längerer Zeit schrieb das „Frankfurter Couriersblatt“, daß der damalige Reichsminister v. Helldorf, als ihm die Kunde von der Revolution demonstrierend auf der Elberfelder Straße wurde, gesagt haben soll:

„Revolution, um Gotteswillen, und ich hier noch in Uniform!“

v. Helldorf sah in dieser Veröffentlichung einen Vorwurf der Feigheit und Haite einen dem verantwortlichen Redakteur des Blattes wegen Betrugung. In der heutigen Verhandlung hat er einen großen Apparat von Bezeugen auf, bestehend aus ehemaligen Offizieren des bayerischen Kriegsministeriums. Diese bezeugten alle, daß die Chef eines solchen Ausdrucks in ihrer Gegenwart niemals gebraucht habe. Der v. Helldorf sagte u. a. aus, daß sich v. Helldorf damals einem Pistolenschuß in das Kniegelenk verweigern lieh. Das Bedauern, nicht erkannt zu werden, konnte man ihm aber nicht zum Vorwurf machen. Vom Kriegsministerium aus sprach der Minister in Bild nach Hause, weil dort die Uniform an und zwar dann nach Tübingen, um von dort aus eine Gegenaktion gegen die Revolution in Gang zu bringen.

Überwindung hinter sich: Überwindung des Wissens um Leben und Gestaltung. Jede Arbeit in ihnen, dunkle Schwermut und ein tiefer Drang nach Frieden und Lebensverklärung. Befänge, wie „Vollständer“, „Das feine Fenster“, „Lob des Mondes“, „Schweigen mit dir“, „Nun muß sehr gütig mit den Frauen sein“ und „Kosmopolit“, im Schlußreim meist das Anfangsmotiv wiederholend, sind Ausdruck dieser majestätischen Wortkraft, die wie von selbst zur Komposition drängt. Aber auch diese revolutionäre Strophen sind dabei, prägnante Impressionen aus dem Alltag, die den Bürger vor den Bierstuden stoßen. Und Abschnitte aus einem Roman „Der Flüchtling“, der repräsentativ ist für das bürgerliche und doch zugleich dem Wirklichkeitsgeheimnis nahe liegt dieses Dichters. Nur daß man immer wieder vor seinem Eingreifen in die Wirklichkeit das Gefühl hat: platonischer Aktivismus. Wie er ja selbst im „Nebenband“, jählich und symbolhaft, vom Bäckereibetrieb singt, der mit ihm weint und lacht. Und doch werden vielleicht, wie er selbst in dem Schlußgedicht des Abends („Nefigung“) sagt, ein paar von seinen Versen bleiben: „als eines Wessens, der jede Sehnsucht leznet“...
Wag Holer

gehendes Erlahmen der Aufmerksamkeit kann unabwehrbar Unglück herbeiführen.

Teils ist eine neue Signal- und Sicherheitsvorrichtung, die ein Überfahren der Haltesignale unmöglich macht, von größter Bedeutung. Das Langenbach erklärt diese Vorrichtung in der „Luzifer“. Der Grundgedanke besteht darin, daß dem Lokomotivführer in bestimmten Abstand vor dem Haltesignal, das ein langsame es fahren und gegebenenfalls ein Halten erforderlich macht, ein Lichtsignal und hörbares Warnsignal gegeben wird, durch das ihm das Herannahen des Haltesignales, z. B. das Streckensignal, vermeldet wird. Die das Warnsignal ausführende Vorrichtung kann so angeordnet werden, daß sie bei geschlossenen Haltesignal gleichzeitig ein automatisches Bremsen beziehentlich Halten des Zuges bewirkt. Der Apparat ist auf dem Führerstand der Lokomotive an der Fußbohle zwischen Puffer und Zughafter angebracht. Etwa 1000 Meter vor dem Haltesignal wird ein Streckensignal zwischen den Gleisen auf der Schiene befestigt; 300 Meter vor dem Haltesignal sind drei weitere Kontakte erreicht, die die Offenhaltung des ersten Streckensignals, dann wird das Haltesignal in Bewegung gesetzt und schließt einen von der Lokomotive kommenden Stromkreis kurz, so daß auf dem Führerstand ein optisches und akustisches Warnzeichen in Erscheinung tritt. Bei der Betätigung des ersten Streckensignales ist eine Vorrichtung getroffen, die dem Stellwerksbedienten anzeigt, daß auf einem bestimmten Gleis ein Zug einläuft. Es wird also gleichzeitig dem Lokomotivführer und dem Stellwerksbedienten ein Signal gegeben, das ein Überfahren der Haltesignale unmöglich macht. Diese Vorrichtung ist beim Ziehen der Weiche oder regnerischen Wetter, wo die Signale nicht gut sichtbar sind, durch die Wirkung auf das Ohr besonders wichtig. Das Warnzeichen, welches das Herannahen des Signals anzeigt, leuchtet die Aufmerksamkeit darauf, und das ist sehr notwendig, denn das Signal selbst ist bei schlechter Sicht oft nur wenige Sekunden sichtbar.

Der scharf umrissene Ojzenbowski.

Nach dem Ojzenbowski ist ein zweiter Akt gegen die litauischen Grundbesitzer des so schnell bedrängt gewordenen Landes des „polnischen Ostens“ auf dem Programm. Der scharf umrissene Ojzenbowski, der hervorragende Berliner Schriftsteller, erklärt, wie das B. Z. berichtet, in dem neuen Heft der „Deutschen Literaturzeitung“ auf Grund einer Nachprüfung der tatsächlichen Verhältnisse in Ostpreußen, „Der, Menschen und Güter“ das Ganze für einen Roman ohne quälend-mühsamen Wert. Und hat die Reisetante Ojzenbowski nachgedruckt und erklärt sie in dieser Form und Schärfe für unmöglich. Das glaubhaft erscheint, ist nach dem Bericht, folgend:

Ojzenbowski reiste Mitte Juni an 1921 mit einigen Begleitern vom Koffogol, in der Absicht, vielleicht durch Tibet nach Indien vorzudringen, nach Ujssatui, verbrachte dort den Rest des Winters und brach im Frühjahr nach Uza auf. Seine Vision des lebenden Buddha erklärt Ojzenbowski (der lebendige Buddha Ojzenbowski) und den Fremden nicht mehr genügt, es ist ein verächtliches und verachtetes Individuum, eine Schande für Güter und Menschen, ein Greuel für Munde und Ohren. Aber auch Ojzenbowski polnische Tendenz bei der Abfassung des Romans ist ja, wie Ojzenbowski selbst, nur allzu deutlich; es ist ein Volk, der zuerst die Befehlshaber der roten Russen, dann die der weißen Russen in russischer Dummheit schändet und endlich das hohe Lied der Revolution singt, die durch Jahrhunderte Rußland getrieben hat. In abenteuerlicher Erzählung knüpft Ojzenbowski an Erlebnisse an, aber er fällt verächtliches hinzu. Dieser politische Tendenzroman kann also als historische Curiosität nicht verwandt werden.

© Hauptstadtband. Sonntag, nachmittags 8 Uhr. Der lebende Mann von Georg Meißner. Einleitung: Georg Meißner (Mittwoch 8 Uhr) — Memento 8 Uhr (sonderbar). Die heilige Johanna von Bernadine Schmitt mit Marion Meyer in der Titelrolle und der übrigen besten Schwestern. Einleitung: Georg Meißner.

© Hauptstadtband. Sonntag, nachmittags 8 Uhr. Der lebende Mann von Georg Meißner. Einleitung: Georg Meißner (Mittwoch 8 Uhr) — Memento 8 Uhr (sonderbar). Die heilige Johanna von Bernadine Schmitt mit Marion Meyer in der Titelrolle und der übrigen besten Schwestern. Einleitung: Georg Meißner.

© Hauptstadtband. Sonntag, nachmittags 8 Uhr. Der lebende Mann von Georg Meißner. Einleitung: Georg Meißner (Mittwoch 8 Uhr) — Memento 8 Uhr (sonderbar). Die heilige Johanna von Bernadine Schmitt mit Marion Meyer in der Titelrolle und der übrigen besten Schwestern. Einleitung: Georg Meißner.

© Hauptstadtband. Sonntag, nachmittags 8 Uhr. Der lebende Mann von Georg Meißner. Einleitung: Georg Meißner (Mittwoch 8 Uhr) — Memento 8 Uhr (sonderbar). Die heilige Johanna von Bernadine Schmitt mit Marion Meyer in der Titelrolle und der übrigen besten Schwestern. Einleitung: Georg Meißner.

© Hauptstadtband. Sonntag, nachmittags 8 Uhr. Der lebende Mann von Georg Meißner. Einleitung: Georg Meißner (Mittwoch 8 Uhr) — Memento 8 Uhr (sonderbar). Die heilige Johanna von Bernadine Schmitt mit Marion Meyer in der Titelrolle und der übrigen besten Schwestern. Einleitung: Georg Meißner.

© Hauptstadtband. Sonntag, nachmittags 8 Uhr. Der lebende Mann von Georg Meißner. Einleitung: Georg Meißner (Mittwoch 8 Uhr) — Memento 8 Uhr (sonderbar). Die heilige Johanna von Bernadine Schmitt mit Marion Meyer in der Titelrolle und der übrigen besten Schwestern. Einleitung: Georg Meißner.

Das war allerdings vergeblich, da keine Truppen zur Verteidigung sich zur Verfügung stellten.

Nach den Zeugnissen des Marschalls hat als einziger Zeuge des Beschlages der ehemalige Abgeordnete des Bauernbundes Kudofer, der in der Resolution eine besondere Rolle spielte, auf und erklärte unter Eid, daß Hellding diese Bemerkung allerdings nicht im Kriegsministerium gemacht habe.

Diese Aussage überraschte das Gericht außerordentlich. Auf Antrag des Beklagten wurde die Verhandlung zur Ladung des Zeugen Dandi ausgesetzt, der heute Präsident des Landbesitzamtes in Würzburg ist.

Die Schlägerei im Thüringer Landtag. Parteiliches Vorgehen gegen die Kommunisten.

Weimar, 15. Januar. Der Ausschuss des Thüringischen Landtags nahm am Donnerstag vormittag zu der kommunistisch-deutschnationalen Schlägerei vom Donnerstag Stellung. Von sozialdemokratischer Seite wurde im Ausschuss gesagt, daß der deutschnationale Abgeordnete Otto zuerst die Anrede an den Kommunisten Fischer richtete, er solle doch herauskommen. Darauf folgte eine Drohung Fischers, worauf Otto sagte, daß wollen wir draußen abmachen.

Aus dem Verhandlung des Ausschusses ging hervor, daß man gegen die vier beteiligten Kommunisten, nicht aber gegen den deutschnationalen Abgeordneten, den eigentlichen Urheber des unglücklichen Vorfalls, auf Grund des § 17 der Geschäftsordnung des Landtags vorgehen will. Man will sie wahrheitsgemäß auf längere Zeit von den Sitzungen ausschließen. Eine Einigung über die Wiederannahme der Sitzungen des Landtags kam im Ausschuss nicht zustande.

Berechnungen im Leipziger Kommunistenprozeß.

Leipzig, 15. Januar. In dem Prozeß gegen die Württemberger Kommunisten wurde am Donnerstag die Berechnung der Angeklagten fortgesetzt. Nach dem Verhöre des Angeklagten Weigold, der in ausführlicher Weise sein Parteileben schildert, zur Sache aber nichts Neues beibringt, wird als erster der zweiten Angeklagtengruppe der Schloffer Dittmann vernommen. Der Angeklagte hat im Verhöre einen Rezensionshof erklärt; durch die lange Unterzuchungsdauer hat sich sein Zustand noch verschlimmert. Er will sich auf einzelne Vorgänge bei der Sprengstoffschreibung nicht mehr besinnen können.

Die Angeklagte Frau Johane Stern, die mit Dittmann ein Liebesverhältnis unterhielt, hat diesen bezeugt, als er mehrere "Wohlpate" holen wollte. Später hat sie diese Pate aufbewahrt. Angeklagter Nikolaus Seeser war längere Zeit Vorsitzender der kommunistischen Ortsgruppe Ebersdorf. In einer Versammlung wurde beschlossen, Kurnere nach ihm zu wählen, die sich über die allgemeine Lage erkundigen sollten. Der gleiche sollten sie Sprengstoff und Geld mitbringen. Angeklagter Wagner ist Alkoholiker und schwer nervenkranke. Er ist der Sohn eines deutschnationalen Bäckermeisteres in Ebersdorf, wo sein Vater selbst eine Fabrikation betrieb. Er will sich an der Sprengstoffschreibung nur aus persönlichem Vorurteil beteiligt haben. — Hierauf wird in die Zeugenernehmung eingetreten.

Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen. Möglichkeit eines Kompromisses.

Paris, 15. Januar. Die neue Wendung, die die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen genommen haben, wird von der öffentlichen Meinung in Frankreich mit großer Vergnügung verfolgt. In ununterrichteten Kreisen gibt man der Hoffnung Ausdruck, daß es möglich sein wird, ein Kompromiß zwischen dem anfangs der Woche überreichten französischen Vertragsentwurf und den deutschen Gegenentwürfen zu finden, und daß es gelingen wird, innerhalb weniger Wochen zu einer Einigung über ein Abkommen von etwa einjähriger Dauer zu gelangen. Nach allem, was jetzt über den französischen Entwurf bekannt geworden ist, hat die französische Delegation dem zum erstenmal den deutschen Forderungen Konzessionen gemacht. Das Auffassende ist vor allem, daß dieser Entwurf auf dem gegenwärtig in Geltung befindlichen Tarif aufgebaut ist und die in der Novelle zum französischen Zollgesetz vorgesehen beträchtlichen Erhöhungen ausschließt.

Sein Nachteil ist, daß er lediglich auf die wichtigsten Ausfuhrartikel beider Länder beschränkt bleibt. Der deutsche Gegenentwurf sucht ihre Zahl erheblich zu erweitern. Er unterscheidet sich von dem französischen weiterhin dadurch, daß die gegenseitige Geltungsbauer nicht begrenzt ist. Für Elsaß-Lothringen lehnt der deutsche Entwurf die Beibehaltung des im Friedensvertrag festgelegten Begünstigungsregimes prinzipiell ab, kommt aber den französischen Wünschen insoweit entgegen, als er sich zu einer vorzugsweisen Behandlung gewisser elsaß-lothringischer Erzeugnisse bereit erklärt, soweit dadurch nicht die Weltbegünstigung anderer Länder in Mitleidenschaft gezogen wird.

Eine saarländische Delegation bei Reynaldy.

Paris, 15. Januar. Der Handelsminister Reynaldy empfing heute nachmittag 3 Uhr in Anwesenheit der drei Mitglieder der Regierungskommission des Saargebietes Rault, Rosmann und Steffens die saarländische Wirtschaftsdelegation. Die Delegation besprach die durch die französisch-deutschen Handelsvertragsverhandlungen entstandene Lage, wobei Reynaldy erklärte, er glaube und hoffe, daß die Lage des Saargebietes nicht so ernst sei und daß sie sich auch nicht so ernst gestalten werde, wie die Delegation sie darstellte. Er erklärte sich jedoch grundsätzlich bereit, Schwierigkeiten, die auftreten könnten, zu mildern, wobei er darauf hinwies, daß die Verhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland noch schweben. Der Unterredung wohnten bei Ministerialdirektor Serrou und ein Vertreter des erkrankten Ministerialdirektors Seydoux vom Ministerium des Innern. Es steht noch nicht fest, ob die Delegation, die noch in Paris bleibt, nochmals mit Reynaldy verhandeln wird.

Die Bilanz des Ruhrunternehmens.

Paris, 16. Januar. Der Bericht der Finanzkommission über die Bilanz des Ruhrunternehmens, d. h. über die Einnahmen und Ausgaben für die Ruhrbesetzung vom Januar 1923 bis 31. August 1924 weist folgende Ziffern aus: Die Gesamteinnahmen werden mit 4531 067 649 Franken die der Ausgaben für die Ausbeutung selbst mit 1 012 593 378 Franken bedient. Das ergibt einen Überschuß von 3 518 508 321 Franken. Davon müssen jedoch 781 Millionen für die Besatzungsstellen im Rheinland und die Erhaltung der Kontrollkommission in Abzug gebracht werden für die Zeit nach dem 15. November, wo die französisch-belgische Eigenherrschaft aufgehört hatte, zu bestehen, und keine Einnahmen mehr erzielte. Der Nettoertrag der Ruhrbesetzung betrug nach dieser Aufstellung 2 737 250 321 Franken. Von dieser Summe hat Frankreich während der Zeit dieser Operationen bereits 1 237 701 987 Franken an Entlohnungen und Begehren etwas mehr als eine Milliarde an Entschädigungen vertriehen.

Zur Vorkriegsgeschichte. Jzwołski und Poincaré.

Paris, 15. Januar. "Petit Journal" veröffentlicht heute Aufzüge aus einem Buche Ernest Judets, das morgen erscheinen wird. Nach dem Blatt bespricht das Buch die russische Politik Jzwołskis und die französische Politik Poincarés in den Jahren 1912, 1913 und 1914. Judet, der ein Freund des ehemaligen Votschalters George Louis war, widmet in seinem neuen Buch der Politik George Louis ein längeres Kapitel. Nach dem "Petit Journal" erinnert Judet daran, daß in den ersten Jahren der französisch-russischen Allianz Graf Witte den Versuch gemacht habe, sie gegen England und nicht gegen Deutschland zu orientieren. Diese Tendenz sei durch Edward VII. vereitelt worden, der in Paris den notwendigen Beistand gefunden habe. Esajonow, der Nachfolger von Jzwołski, sei dem Gedanken einer Zusammenarbeit Frankreichs und Englands ergeben gewesen. Man habe zu Russland nicht mehr davon gesprochen, Konstantinopel und die Beringen zu erobern, sondern den orientalischen Verkehr Deutschlands und Österreichs den notwendigen Widerstand entgegenzusetzen. George Louis sei mit Poincaré vollständig einverstanden gewesen, daß Russland Frankreich militärisch nicht zu unterstützen brauche, wenn man den Versuch mache, es wegen Elsaß-Lothringen in Bewegung zu setzen, und andrerseits hätte man Frankreich nicht zu einer militärischen Hilfe zwingen können, wenn Russland ohne Verhängnis mit Frankreich für Konstantinopel ins Feld gezogen wäre.

Louis habe sich bemüht, die französisch-russische Allianz auszugleichen. Da habe Jzwołski eingegriffen, der die Konflikte im Orient dazu ausbeuten wollte, um einzutreten zu können, und um auch Frankreich hineinzuwickeln. Nach dem Marzoffo-Zwischenfall habe Jzwołski unter Vermeidung auf die Unterabgabe Russlands an Cui d'Orléans erklärt, die französische Regierung werde hoffentlich ihrerseits bereit sein, zu versichern, daß Russland die Autonomie der Provinzen der Westbalkan und Nordchina habe und daß sie keine Einwendungen erheben werde, wenn man den Versuch mache, die Baze zu konsolidieren und die russischen Garantien sicher-

zustellen. Hierfür habe Jzwołski Gegenleistungen angeboten, in London aber habe er nur dageforderten lassen. Schon vom Januar 1912 an habe George Louis die Aufmerksamkeit Poincarés auf die politische Politik Jzwołskis hingelenkt. Er habe in zahlreichen Telegrammen darauf hingewiesen, daß man zwar seine an Seite mit Russland marschieren müsse, aber sich der russischen Formel des status quo bedienen müsse, ohne zu erlauben, daß sie entsteht und als Vorwand für ein gefährliches Abenteuer dienen würde. Er habe in Paris auf die wachsende Unpopulartät Jzwołskis in Petersburg hingewiesen; plötzlich aber habe Jzwołski die Offensive ergriffen und von Poincaré die Abberufung des Votschalters Louis gefordert.

Die Schuldenfrage. Die Zugeständnisse Englands.

London, 15. Januar. Die "Evening Standard" meldet, erstellte das Kabinett heute 1 1/2 Stunden lang die Ergebnisse der Pariser Sendung Churchill. Besonders wurde das Memorandum Clementis über die Schuldenfrage besprochen. Wie der politische Korrespondent des "Times" mitteilt, wird voraussichtlich die endgültige Antwort der britischen Regierung besagen, die britische Regierung stehe zur Politik und den Grundfragen der Valfournot. Sie sei bereit anzuerkennen, daß die britischen Schulden an Amerika das Maximum der Forderungen Großbritanniens an seine Gläubiger darstellen sollen. Die britische Regierung erachte sich nicht durch alle Einzelheiten der von früheren Kabinetten gemachten Angebote als gebunden. Die britische Regierung halte sich für verpflichtet, sich gegen irgendwelchen Verzug der deutschen Regierung zu schämen, sodaß also die Schulden an Großbritannien, soweit ein Abkommen darüber erreicht sei, ohne Rücksicht auf irgendeinen deutschen Verzug nach den vereinbarten Bedingungen gezahlt werden sollen. Der Korrespondent fügt hinzu, man erwarte, daß die französische Regierung gegen den letzten Punkt Einwendungen erheben werde.

Der "Evening News" zufolge wird das Kabinett noch mehrere Sitzungen abhalten, bevor die endgültige Antwort auf die Denkschrift Clementis fertig ist.

Der Kampf um die Hausmiete in Oesterreich.

Wien, 15. Januar. Die Christlichsozialen, die eingesehen haben, daß sie über die Ostruktion der Sozialdemokraten im Juliabschluss nicht hinwegkommen, haben eine neue Taktik beschloffen. Vorzogen werden sie ihren Antrag auf Aufhebung des Mietereinstufung, der im Juliabschluss zur Verhandlung stand, erneut im Nationalrat einbringen, jedoch in einer gemilderten Form. Danach soll die Hausmiete erst vom August ab auf das 200fache der Mietmiete erhöht und allmählich bis auf das 500fache gesteigert werden. Die Sozialdemokraten werden natürlich den Kampf auch gegen diesen neuen Antrag, der zugleich verlangt, daß er einem Sonderausschuß zugewiesen wird, weiterführen, wenn auch ohne Ostruktion zu treiben, solange die Geschäftsbildung nicht beruht wird.

Eine neue Lohnkrise im belgischen Bergbau.

Brüssel, 15. Januar. Dem belgischen Bergbau droht eine neue Krise. Nachdem die Löhne der Bergarbeiter bereits Anfang Januar um 6 Prozent für Untertagearbeiter und 3 Prozent für Abtagearbeiter unter dem Vorwand herabgesetzt worden waren, daß die gezahlten Löhne die vereinbarten Sätze überschreiten, haben die Unternehmer geltend gemacht, daß die Löhne eine zweite Lohnkrise für Anfang Februar angekündigt. Die belgischen Bergarbeiter haben der ersten Lohnkrise unter dem Druck der Verhältnisse zugehört. Sie beabsichtigen aber, sich der zweiten, die sie als sachlich und rechtlich unbegründet ansehen, zu widersetzen und einen Schiedsspruch herbeizuführen. Einen weiteren Konfliktstoff bildet die Absicht der Unternehmer, die Löhne von Deputatlohn an pensionierte Bergleute einzustellen. In der kommenden Woche werden beide Fragen der Kohlenkommission zur Entscheidung unterbreitet werden.

De Selves wieder Senatspräsident.

Paris, 15. Januar. Im Senat wurde heute der bisherige Präsident de Selves, der Kandidat der Mittelgruppen, mit 167 Stimmen wiedergewählt. Der von der demokratischen Linken aufgestellte Gegenkandidat Doumergue-Martin vermochte nur 128 Stimmen auf sich zu vereinigen. Genau wie im Sommer, wo es galt, den im Präsidenten der Republik gewählten Senatspräsidenten Doumergue zu ersetzen, ist dieser Sieg der Opposition ausschließlich auf den Abfall von etwa zwei Dutzend auf dem rechten Flügel der demokratischen Linken stehenden verpöhlten Reaktionen zurückzuführen, die auch diesmal wieder der eigenen Partei und ihrem Kandidaten in den Rücken gefallen sind. Das Ergebnis dieser Wahl zeigt, wie recht die Kammer daran getan hat, daß sie durch Einführung der öffentlichen Ab-

stimmung bei der Präsidentenwahl einem besorglichen Spiel in der Kammer ein für allemal einen Riegel vorsetze.

Pultdeckkonzert in der französischen Kammer.

Paris, 15. Januar. In der heutigen Kammer Sitzung übernahm der wiedergewählte Präsident Poincaré sein Amt. Er gab in seiner Antrittsrede, die ebenso lebhaften Beifall bei den Antiparteiern wie starken Widerspruch bei der Opposition fand, einen Überblick über die Tätigkeit der Kammer bis zum 12. Mai 1924. Nach jener Antrittsrede teilte Poincaré mit, es seien Interpellationen über den Streit der Sardinenfischer in Douarnenez eingegangen. Die Regierung habe sich zum sofortigen Stillstand hierüber bereit erklärt. Da von der Opposition kein Widerspruch erhoben wurde, so wurde dem Abgeordneten Waffon (Soa.) das Wort zur Begründung der Interpellation erteilt. Als Waffon mit seiner Rede begonnen wollte, verlangte ein Mitglied der Opposition unter Berufung auf die Geschäftsordnung, daß zunächst über den Zeitpunkt der Beratung der Interpellation zu verhandeln sei. Der Präsident erwiderte, Waffon müsse jetzt sprechen, da kein Widerspruch gegen die sofortige Erörterung der Interpellation erhoben worden sei. Hierauf erklärten die Parteien der Mitte und der Rechten, sie würden Waffon nicht zum Worte kommen lassen und stimmten ein Konzert mit Pultdeckeln an. Es kam zu einer halbständigen Kämpfzene, bei der sich weder der Redner noch der Präsident Gehör verschaffen konnten und die schließlich zu einem Handgemenge ausartete, als die Kommunisten der Opposition zwischen "Mörder". Hierauf unterbrach der Präsident die Sitzung und ließ die Tribüne räumen, während die Linke die Internationale anstimmte. Derriot und die übrigen anwesenden Minister bemühten sich, die Ruhe wieder herzustellen. Nach Wiedereröffnung der Sitzung wurde dann in die Beratung der Interpellation eingetreten.

Paris, 16. Januar. In einer Nachsitzung beendete die Kammer die Besprechung der Interpellation über die Zwischenfälle in Douarnenez, nämlich des Streits der Sardinenfischer. Es wurde eine Tagesordnung der Regierungsparteien angenommen, in der der Regierung befohlen wurde, daß sie sich verteidigt bemühe, alle an den Zwischenfällen Schuldigen, so hoch sie auch länder, zu suchen. Diese Tagesordnung wurde mit 330 gegen 205 Stimmen angenommen. Die Besprechung verlief teilweise sehr lebhaft. Es kam in später Stunde zu recht leidenschaftlichen Zusammenstößen. Im Laufe der Debatte wurden schwere Vorwürfe gegen die sogenannten reformistischen Gewerkschaften erhoben.

Derriot für die Gewissensfreiheit in Elsaß-Lothringen.

Paris, 16. Januar. Ministerpräsident Derriot hat an die Präsidenten des Departements Oberrhein, Niederrhein und Mosel folgendes Schreiben gerichtet: Schlicht unterrichtete Regionen haben das Verbot zu verbreiten gesucht, daß die Regierung beabsichtige, in Elsaß-Lothringen die Kultübung zu hindern und der Gewissensfreiheit Eintrag zu tun. Wie alle Franzosen werden die Elsaßer und Lothringer auch weiterhin in voller Sicherheit ihre Kirchen, die katholischen und evangelischen, die Synagogen besuchen. Wenn die Regierung die Neutralität der Kirche wahren muß, ist sie andererseits auch die Beschützerin der Rechte und der individuellen Gewissensfreiheit. Die gegenwärtige Regierung wird daran nicht rütteln lassen.

Rykov über die Schuldenfrage.

Moskau, 15. Januar. Auf dem kommunistischen Lehrtage sprach Rykov in einer Rede auch die Frage der Anerkennung der russischen Schulden an die verschiedenen Länder der Entente. Er sagte: Frankreich habe seinerzeit das russische Kapital finanziert und unbeschränkte Kapitalien zum Auf- und Ausbau der zaristischen Wirtschaft geliefert. Es habe sich damit lediglich für seine imperialistischen Ziele, die von dem kleinen französischen Volk allein nicht auszubringende erforderliche Truppenmacht gestützt. Frankreich habe nicht für Russland, sondern für seine Selbstsucht das Kapital nach Russland gebracht. In Wirklichkeit hätte Frankreich gegenüber dem russischen Volk in schwerer moralischer Schuld, weil Russland für die französischen Interessen zum Kluge reif gemacht worden sei. Das müsse bei künftigen Verhandlungen in Betracht gezogen werden. Auch Frankreichs Schulden an England und Amerika seien unter ähnlichen Gesichtspunkten zu betrachten; denn diese beiden Länder hätten während des Krieges ja nicht das Geld an Frankreich, sondern Frankreichs willen geliefert, sondern nur Kapital in ihr eigenes politisches Unternehmen gesteckt. Jetzt versuchten alle diese Völker, sich an Frankreich zu halten, um einen Teil ihrer Kriegsaufgaben wieder herinzubringen. Russland befindet sich wegen der Ablehnung dieser Ansprüche in einem harten finanziellen Popolit. Es habe bisher noch keinen Planmäßig ausländischer Anleihen erhalten können und sei wahrscheinlich auch in Zukunft darauf angewiesen, seinen wirtschaftlichen Aufbau aus eigener Kraft zu leisten.

Amtlicher Teil.

Amtlicher Bericht

des Landbesitzverwalters über den Stand von Klagen in Sachen am 15. Januar 1925.

- 1. Milchbrand: Amtsh. Ramenz: 1 Gem. u. 1 Geh.; Lössau: 2, 2; Bittau: 1, 1; Pötha: 1, 1; Birna: 1, 1; Borna: 2, 2; Leipzig: 2, 2; Kuerbach: 1, 1; auf 9 Bet.-Bes., 11 Gem. u. 11 Geh. - 31. 12. 24: 3, 5, 5.
2. Tollwut: Amtsh. Bittau: 2 Gem. u. 2 Geh.; Lössau: 1, 1; Dresden-Stadt: 2 Geh.; Amtsh. Dresden: 1, 2; Großhain: 1, 1; Birna: 1, 1; Olsnitz: 6, 6; Plauen: 3, 3; Zwida: 1, 1; auf 9 Bet.-Bes., 17 Gem. u. 19 Geh. - 31. 12. 24: 3, 16, 18.
3. Rausch- und Rauschmittel: Amtsh. Bittau: 3 Gem. u. 9 Geh.; Ramenz: 5, 5; Lössau: 5, 7; Bittau: 4, 5; Annaberg: 6, 13; Chemnitz: 4, 6; Pötha: 2, 5; Glauchau: 6, 6; Marienberg: 1, 1; Stollberg: 4, 6; Dresden: 3, 3; Freiberg: 1, 1; Großhain: 4, 4; Meissen: 3, 4; Birna: 2, 11; Borna: 6, 6; Döbeln: 4, 6; Grimma: 12, 31; Leipzig: 9, 12; Dösch: 19, 30; Rochlitz: 2, 2; Kuerbach: 3, 4; Oelsnitz: 1, 1; Plauen: 6, 26; Schwarzenberg: 3, 3; Zwida: 12, 21; auf 26 Bet.-Bes., 135 Gem. u. 232 Geh. - 31. 12. 24: 26, 147, 261.
4. Zungenfische der Kinder: Amtsh. Dipoldiswalde: 1 Gem. u. 1 Geh.; Leipzig: 1, 1; Werbau: 2, 2; auf 3 Bet.-Bes., 4 Gem. u. 4 Geh. - 31. 12. 24: 3, 4, 4.
5. Fehlgeldsche: Dresden-Stadt: 1 Geh.; Amtsh. Großhain: 1 Gem. u. 1 Geh.; Meissen: 2, 2; Borna: 12, 16; auf 4 Bet.-Bes., 16 Gem. u. 20 Geh. - 31. 12. 24: 4, 16, 20.
6. Mäule der Kuhhüter: Amtsh. Lössau: 1 Gem. u. 1 Geh.; Glauchau: 1, 1; Borna: 1, 1; Leipzig: 4, 4; Oelsnitz: 1, 1; Zwida: 1, 1; auf 7 Bet.-Bes., 11 Gem. u. 12 Geh. - 31. 12. 24: 6, 7, 11.
7. Mäule der Schafe: Amtsh. Leipzig: 1 Gem. u. 1 Geh.
8. Schweinefische und Schweinepeist: Amtsh. Pötha: 1 Gem. u. 1 Geh.; Glauchau: 1, 1; Meissen: 1, 1; Leipzig: 1, 1.
9. Kollas der Schweine: Amtsh. Dresden: 1 Gem. u. 1 Geh.; Kuerbach: 1, 1.
10. Fehlgeldsche: Amtsh. Ramenz: 1 Gem. u. 1 Geh.; Pötha: 2, 3; Stollberg: 1, 1; Borna: 1, 1; Schwarzenberg: 1, 1.
11. Tuberkulose der Kinder: Amtsh. Ramenz: 1 Gem. u. 1 Geh.; Lössau: 3, 3; Freiberg: 2, 2; Großhain: 1, 1; Borna: 1, 1; Grimma: 1, 1; Rochlitz: 1, 1; Oelsnitz: 5, 5; Schwarzenberg: 1, 1; Werbau: 1, 1; Zwida: 2, 2. 5095

Die Rauer- und Zimmerarbeiten für das Gutspanngebäude Dresden-Plauen (110 ehm Betonarbeiten, 230 ehm Biegelmauerwerk, 40 ehm Balken- und Verbandholz) sollen vergeben werden. Zeichnungen und Bedingungen liegen beim unterzeichneten Amte (Zimmer 359) aus. Preislisten sind dort, soweit der Antrag reicht, gegen postfreie Einreichung von 2,00 RM. zu beziehen. Angebote sind bis 2. Februar vorm. 10 Uhr einzureichen und werden zu dieser Zeit geöffnet. Zuschlagsfrist: 4 Wochen. Ausmaß unter den Bedingungen und Ableben sämtlicher Angebote vorbehalten. 5092

Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft. Der Vorstand des Eisenbahn-Rechtsamts Dresden A., Strödelner Straße 1 C III.

Auf Blatt 1617 des hiesigen Handelsregisters, die Firma Wenzl Kunz in Buchholz betreffend, ist heute eingetragen worden: Der Kaufmann Anton Wenzl Kunz in Buchholz ist ausgeschieden; der Kaufmann Max Kunz in Buchholz ist Inhaber. Amtsgesetz am 13. Januar 1925.

Amtsgesetz am 13. Januar 1925.

Über das Vermögen des Geschäftsmanns August Franz Otto in Herrnhut, all. Inh. der Firma Geschäftsmann Paul Herrnhut, ebenda, wird heute, am 3. Januar 1925, vormittags 1/2 Uhr das Konkursverfahren eröffnet. Konkursverwalter: Herr Rechtsanwalt Dr. Reinert, hier. Anmeldefrist bis zum 2. Februar 1925. Schlusstermin am 9. Februar 1925, nachmittags 1/2 Uhr. Prüfungstermin am 23. Februar 1925, nachmittags 1/2 Uhr. Öffener Arrest mit Anzeigepflicht bis zum 28. Januar 1925. 5080

Burgstädt, den 3. Januar 1925.

Das Amtsgericht.

Zum Zwecke der Aufhebung der Erbengemeinschaft soll das im Grundbuche für Parzelle Blatt 11 auf den Namen der verstorbenen Wally Tota vbl. Richter geb. Stähler eingetragene Grundbuch (Chemnitz Str. 1 in Parzelle) am 12. März 1925, vormittags 10 Uhr an der Gerichtsstelle, Zimmer 138, I. Stockm., im Wege der Zwangsversteigerung versteigert werden. Das Grundbuch ist nach dem Flurbuche 21,7 Nr. groß und auf 19 474 M. geschätzt. Es besteht aus einem zweigeschossigen Wohngebäude mit Stumpfschornstein und zwei Anbauten, einem Kellerhaus mit Schuppen und Hofraum, einem Korbgebäude, einem Geräteschuppen und einem Gartenhaus. Die Ansicht der Mittelungen des Grundbuchamts sowie der übrigen das Grundbuch betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet. - Zimmer 120. - Rechte auf Befriedigung aus dem Grundbuche sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 19. Januar 1924 verlautbarten Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Antragsteller widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls die Rechte bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses den übrigen Rechten nachgesetzt werden würden. Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des verfallenen Gegenstandes tritt. 5064

Amtsgericht Dresden, Abt. III, den 12. Januar 1925.

Wegen Aufhebung der Eigentümereingemeinschaft sollen folgende im Grundbuche für Sebnitz auf die Namen Martha Elisabeth verheh. Bürger geb. Richter zu 1/2, Alma Elie verheh. Hartmann geb. Trübner zu 1/2, Friedrich August Lehle zu 1/2 und Hugo Neumann zu 1/2 eingetragene Grundstücke in getrennten Verfahren am 4. März 1925 vormittags 9 Uhr an der Gerichtsstelle Voßringer Straße 1, I. Zool 118, zwangsweise versteigert werden.

nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses den übrigen Rechten nachgesetzt werden würden.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des verfallenen Gegenstandes tritt. 5081

Amtsgericht Chemnitz, Abt. A 14, den 13. Januar 1925.

Über das Vermögen des Sattler- und Möbelgeschäftsinhabers Julius Richard Otto Under in Grimmitzschau wird heute am 13. Januar 1925, nachmittags 1/2 Uhr das Konkursverfahren eröffnet.

Der Rechtsanwalt Dr. Schröder in Grimmitzschau wird zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 20. Februar 1925 bei dem Gericht anzumelden.

Es wird zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die im § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände am Freitag, den 6. Februar 1925, vormittags 9 Uhr und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Freitag, den 6. März 1925, vormittags 9 Uhr vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anberaumt.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz hat oder zur Konkursmasse etwas schuldet, ist, darf nichts an den Gemeindefiskus veräußern oder leisten, muß auch den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung beansprucht, dem Konkursverwalter bis zum 15. Januar 1925 anzeigen.

Amtsgericht Grimmitzschau, 5089

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

1. auf Blatt 13, die Firma Carl Spengler, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Grimmitzschau betreffend: Die Gesellschafterversammlung vom 22. Dezember 1924 hat die Umstellung des Stammkapitals von sechshunderttausend Papiermark auf fünfhunderttausend Reichsmark beschlossen. Der Gesellschaftsvertrag ist in § 4 entsprechend geändert worden.

2. auf Blatt 676 die offene Handelsgesellschaft Th. Kirchhölzel in Grimmitzschau betreffend: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Herbert Reinhold Kirchhölzel ist ausgeschieden. Der Kaufmann Ernst Theodor Kirchhölzel führt das Handelsgeschäft und die Firma als Alleininhaber fort.

3. auf Blatt 1119, die Firma Gebrüder Wagner, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Frankenhäusen betreffend: Prof. Dr. Richard Wagner in Grimmitzschau.

4. auf Blatt 1143, die Firma Otto Seiler, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Krütken betreffend: Die Gesellschafterversammlung vom 25. November 1924 hat die Umstellung der Gesellschaft durch Ermäßigung des Stammkapitals von zehn Millionen Papiermark auf zweihundertfünfzigtausend Reichsmark beschlossen. Die beschlossene Ermäßigung ist erfolgt. Tementsprechend ist § 5 des Gesellschaftsvertrages geändert worden. 5090

5. auf Blatt 1175, die Firma Gustav D. Strauß in Grimmitzschau und als deren Inhaber der Kaufmann Gustav Heinrich Strauß, beideh. Angegebene: Geschäftszweig: Handel mit Baumwolle, Wolle und Abfällen sowie Verreibungen in diesen Artikeln. Amtsgesetz am 13. Januar 1925.

Amtsgericht Chemnitz, Abt. III, den 12. Januar 1925.

Wegen Aufhebung der Eigentümereingemeinschaft soll das im Grundbuche für Sebnitz Blatt 298 auf die Namen Martha Elisabeth verheh. Bürger geb. Richter zu 1/2, Alma Elie verheh. Hartmann geb. Trübner zu 1/2, Friedrich August Lehle zu 1/2 und Hugo Neumann zu 1/2 eingetragene Grundstücke am 4. März 1925, vormittags 9 Uhr an der Gerichtsstelle, Voßringer Straße 1, I. Zool 118, zwangsweise versteigert werden.

Das Grundbuch ist nach dem Flurbuche 6,7 Nr. groß und auf 3350 RM. geschätzt. Es besteht aus der Repparzel Nr. 112 n des Flurbuchs, löst sich nur durch Verschmelzung mit den Nachbargrundstücken als Baufläche verwerten und liegt in Dresden-Zeitzlich an der Ripsdorfer Straße, neben dem Grundbuch Bergschäbeler Straße 14. Die Ansicht der Mittelungen des Grundbuchamts sowie der übrigen das Grundbuch betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet. - Zimmer 120. - Rechte auf Befriedigung aus dem Grundbuche sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 19. Januar 1924 verlautbarten Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Antragsteller widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls die Rechte bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses den übrigen Rechten nachgesetzt werden würden.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des verfallenen Gegenstandes tritt. 5036

Amtsgericht Dresden, Abt. III, den 12. Januar 1925.

Auf Blatt 69 des Handelsregisters, betr. die Firma Franz Rahner, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Eßberg, ist heute eingetragen worden: Das Stammkapital ist durch Beschluß der Gesellschafter vom 23. Dezember 1924 laut Rotariatsprotokolls von diesem Tage auf einhundertfünfzigtausend Reichsmark umgestellt worden. Der Gesellschaftsvertrag ist durch den Beschluß der Gesellschafter vom 23. Dezember 1924 laut Rotariatsprotokolls von diesem Tage in Abschnitt IV und VII abgeändert worden. 5067

Eßberg, den 14. Januar 1925.

Das Amtsgericht.

In das Handelsregister ist heute auf Blatt 609, die Firma Saloma, Falkenfeiner Konig und Madrasweberlei Brüder & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Falkenstein betr., eingetragen worden: Durch Beschluß vom 29. Dezember 1924 ist die Umstellung des Stammkapitals auf fünfzigtausend Reichsmark erfolgt. Die Umstellung ist durchgeföhrt.

Der Gesellschaftsvertrag ist durch denselben Beschluß laut Rotariatsprotokolls vom gleichen Tage und gleichzeitigem Protokolls vom 9. Januar 1925 auch in anderen Punkten abgeändert worden. 5068

Amtsgericht Falkenstein, 12. Jan. 1925.

In das Handelsregister ist am 9. Dezember 1924 auf Blatt 634, die Firma Falkenfeiner Präzisions-Zeichen- und Werkzeug-Fabrik, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Falkenstein betr., eingetragen worden: Durch Beschluß der Gesellschafter

Table with 4 columns: Grundbuch-Blatt, Flurbuch-Nr., Größe, Schätzungswert. Rows a) to k) with values for each column.

Die Grundstücke sind Repparzellen, die zurzeit Heingärtnerischen Zwecken dienen, lassen sich nur durch Verschmelzung mit Nachbargrundstücken zu Bauweiden verwerten und liegen in Dresden-Zeitzlich, und zwar:

zu a) an der Ripsdorfer Straße, neben dem Grundbuche Bergschäbeler Straße 13, zu b) an der Ripsdorfer Straße, neben dem Grundbuche Ripsdorfer Straße 136, zu c) an der Heidenauer Straße, neben dem Grundbuche Heidenauer Straße 9, zu d) an der Heidenauer Straße, neben dem Grundbuche Heidenauer Straße 10, zu e) an der plattartigen Erweiterung der Heidenauer Straße, neben dem Grundbuche Werfenheiner Straße 14, zu f) an der Kuffiger Straße, zu g, h, i, k) zwischen der Kuffiger und Altenberger Straße, in der Nähe des Grundbuchs Altenberger Straße 77.

Die Ansicht der Mittelungen des Grundbuchamts sowie der übrigen das Grundbuch betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet. - Zimmer 120. - Rechte auf Befriedigung aus dem Grundbuche sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 19. Januar 1923 verlautbarten Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten für jedes Grundbuch gesondert anzumelden und, wenn der Antragsteller widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls die Rechte bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses den übrigen Rechten nachgesetzt werden würden.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des verfallenen Gegenstandes tritt. 5065

Amtsgericht Dresden, Abt. III, den 12. Januar 1925.

Wegen Aufhebung der Erbengemeinschaft soll das im Grundbuche A für Antonstadt-Dresden Blatt 643 noch auf den Namen Franziska Anna Potzger, später verheh. Pfaffm., eingetragene Grundbuch am 11. März 1925, vormittags 9 Uhr, an der Gerichtsstelle, Voßringer Straße 1, I. Zool 118, zwangsweise versteigert werden.

Das Grundbuch ist nach dem Flurbuche 2,8 Nr. groß und auf 14000 RM. geschätzt. Es besteht aus einem Vordergrundstücke, einem Werkzeugschuppengebäude und Hof und liegt in Dresden, Eitzstraße 2.

Die Ansicht der Mittelungen des Grundbuchamts sowie der übrigen das Grundbuch betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet. - Zimmer 120. - Rechte auf Befriedigung aus dem Grundbuche sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 31. Mai 1924 verlautbarten Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Antragsteller widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls die Rechte bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses den übrigen Rechten nachgesetzt werden würden.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des verfallenen Gegenstandes tritt. 5036

Amtsgericht Dresden, Abt. III, den 12. Januar 1925.

Auf Blatt 69 des Handelsregisters, betr. die Firma Franz Rahner, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Eßberg, ist heute eingetragen worden: Das Stammkapital ist durch Beschluß der Gesellschafter vom 23. Dezember 1924 laut Rotariatsprotokolls von diesem Tage auf einhundertfünfzigtausend Reichsmark umgestellt worden. Der Gesellschaftsvertrag ist durch den Beschluß der Gesellschafter vom 23. Dezember 1924 laut Rotariatsprotokolls von diesem Tage in Abschnitt IV und VII abgeändert worden. 5067

Eßberg, den 14. Januar 1925.

Das Amtsgericht.

In das Handelsregister ist heute auf Blatt 609, die Firma Saloma, Falkenfeiner Konig und Madrasweberlei Brüder & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Falkenstein betr., eingetragen worden: Durch Beschluß vom 29. Dezember 1924 ist die Umstellung des Stammkapitals auf fünfzigtausend Reichsmark erfolgt. Die Umstellung ist durchgeföhrt.

Der Gesellschaftsvertrag ist durch denselben Beschluß laut Rotariatsprotokolls vom gleichen Tage und gleichzeitigem Protokolls vom 9. Januar 1925 auch in anderen Punkten abgeändert worden. 5068

Amtsgericht Falkenstein, 12. Jan. 1925.

In das Handelsregister ist am 9. Dezember 1924 auf Blatt 634, die Firma Falkenfeiner Präzisions-Zeichen- und Werkzeug-Fabrik, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Falkenstein betr., eingetragen worden: Durch Beschluß der Gesellschafter

vom 29. November 1924 ist die Umstellung des Stammkapitals auf vierzigtausend Reichsmark erfolgt. Der Gesellschaftsvertrag ist durch denselben Beschluß laut Rotariatsprotokolls vom gleichen Tage abgeändert worden. 5091

Amtsgericht Falkenstein, 13. Jan. 1925.

Im Handelsregister ist heute eingetragen worden: 1. auf Blatt 1370, die Firma Erich Edel & Co. in Freiberg betr.: Der Diplom-Ingenieur Bruno Willy Herrmann in Freiberg ist als Inhaber ausgeschieden. Der Kaufmann Ernst Emil Wendel in Freiberg ist Inhaber. Der neue Inhaber haftet nicht für die im Betriebe des Geschäfts begründeten Verbindlichkeiten des bisherigen Inhabers; es gehen auch nicht die im Betriebe begründete Forderungen auf ihn über.

2. auf Blatt 1354, die Firma G. Wagner, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Bedarfartikel für Industrie u. Gewerbe in Freiberg, betr.: Durch Beschluß der Gesellschafter vom 29. November 1924 ist die Umstellung des Stammkapitals auf fünfzigtausend Reichsmark erfolgt. Der Gesellschaftsvertrag ist durch denselben Beschluß laut Rotariatsprotokolls vom gleichen Tage abgeändert worden. 5078

3. auf Blatt 1351, die Firma Georg Bräuner & Co. in Freiberg betr.: Der Fabrikant Georg Clemens Bräuner in Freiberg ist als Gesellschafter ausgeschieden. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der Kaufmann Kurt Robert Reiche in Freiberg führt das Handelsgeschäft als Alleininhaber fort. Amtsgesetz am 13. Januar 1925.

Amtsgericht Freiberg, 13. Jan. 1925.

Im Handelsregister ist heute eingetragen worden: Die Gesellschafterversammlung vom 10. Dezember 1924 hat die Umstellung des Stammkapitals von vierhundertfünfzigtausend Reichsmark auf vierhundertfünfzigtausend Reichsmark beschlossen. Die Umstellung ist erfolgt. Der Gesellschaftsvertrag ist durch den gleichen Beschluß laut Rotariatsprotokolls vom 10. Dezember 1924 in den §§ 5, 7 und 11 abgeändert worden. 5092

Amtsgericht Glauchau, 13. Jan. 1925.

Über das Vermögen der Großhändler Metallwarenfabrik Klingengießerei in Großhain wird heute am 10. Januar 1925, nachmittags 12 Uhr 25 Min. im Anstich an die aufgebundene Reichsbank das Konkursverfahren eröffnet. Konkursverwalter: Rechtsanwalt Dr. Franz in Chemma. Anmeldefrist bis zum 2. Februar 1925. Schlusstermin am 9. Februar 1925, nachm. 3 Uhr. Prüfungstermin am 7. März 1925, vormittags 10 Uhr. Öffener Arrest mit Anzeigepflicht bis zum 2. 2. 1925. 5082

Amtsgericht Chemnitz, 10. Jan. 1925.

Auf Blatt 359 des Handelsregisters, betr. die Firma Gebrüder Jähle, Tuchfabrik, Klingengießerei in Großhain, ist heute eingetragen worden: Die Generalversammlung vom 15. Dezember 1924 hat die Umstellung des Stammkapitals von 15 Millionen Papiermark auf 1 465 000 Reichsmark beschlossen. Das Stammkapital besteht nunmehr in 14 000 auf den Inhaber lautende Stammaktien über je 100 Reichsmark und 1000 auf den Inhaber lautende Vorzugsaktien über je 5 Reichsmark. Die Ermäßigung ist erfolgt. Der Gesellschaftsvertrag vom 18. September 1899 ist durch den gleichen Beschluß laut Rotariatsprotokolls vom 15. Dezember 1924 demgemäß in § 3 und weiter in § 19 abgeändert worden. 5070

Amtsgericht Großhain, 13. Jan. 1925.

Über das Vermögen des Schneidermeisters und Konfektionärs Robert Weise in Großhain wird heute am 14. Januar 1925, nachmittags 1/2 Uhr das Konkursverfahren eröffnet. Konkursverwalter: Herr Rechtsanwalt Duerfeld in Großhain. Anmeldefrist bis zum 4. März 1925. Schlusstermin am 11. Februar 1925, vormittags 1/2 Uhr. Prüfungstermin am 6. April 1925, vormittags 1/2 Uhr. Öffener Arrest mit Anzeigepflicht bis zum 4. März 1925. 5083

Amtsgericht Großschönau, 14. Jan. 1925.

Auf Blatt 277 des Handelsregisters, die Firma Ferdinand Kasper in Ramenz betr., ist heute eingetragen worden, daß der Kaufmann Hermann Gustav Arthur Kasper in Ramenz als Teilhaber in das Handelsgeschäft eingetreten und die offene Handelsgesellschaft am 1. Januar 1925 errichtet worden ist. 5071

Amtsgericht Ramenz, 13. Jan. 1925.

Auf Blatt 200 des hiesigen Handelsregisters ist heute die Firma Wilhelm Hädel und als deren Inhaber der Hotelier Wilhelm Hädel auf der Waise bei Rathen eingetragen worden. 5093

Amtsgericht Rönitzsch, 13. Jan. 1925.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Harmonikafabrikanten Max Anton Schlot in Grundhörn wird zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf den 2. Februar 1925, vormittags 1/2 Uhr vor dem hiesigen Amtsgerichte anberaumt. 5092

Amtsgericht Klingenthal, 13. Jan. 1925.

Im Handelsregister für den Bezirk des hiesigen Amtsgerichts ist heute eingetragen worden: 1. auf Blatt 39, die Hermannsdorf und Grube Gottes Regen Klingengießerei in Bad Rausch betr.: Durch Beschluß der ordentlichen Generalversammlung vom 17. Juni 1924 ist der Gesellschaftsvertrag laut Rotariatsprotokolls vom gleichen Tage unter anderem dahin abgeändert worden: § 3 erhält folgenden Inhalt: Die Gesellschaft ist berechtigt, zu diesem Zwecke Gebäude, Grundstücke und Vermögensberechtigungen jeder Art zu erwerben

und zu veräußern, zu pachten und zu verpachten sowie sich bei anderen Unternehmungen in jeder gesetzlich zulässigen Form, sowohl durch Erwerb von Geschäftsanteilen wie auch in Gestalt von Interessengemeinschaften zu beteiligen. § 4 Satz 1 enthält folgende Fassung: Das auf 80.000.000 Mark erhöhte Grundkapital wird auf 640.000 Goldmark herabgesetzt durch Zulassenlegung von 150 Stück Aktien über je 300 Mark und 79.955 Stück über je 20 Goldmark. Davon sind ausbezahlt 3400 Stück Aktien mit 640.000 Goldmark und 1200 Stück mit 20-fachem Stimmrecht. Die Ermäßigung des Stammkapitals ist erfolgt. 5084

2. auf Blatt 165, die **Kriegsversicherung des Kaufmanns Gesellschaft mit beschränkter Haftung** in Bad Naußig betr.: Die Generalversammlung vom 6. Dezember 1924 hat laut Rotationsprotokoll vom gleichen Tage die Umstellung des Stammkapitals durch dessen Ermäßigung auf 12.500 (zwölftausendfünfhundert) Goldmark und die entsprechende Abänderung der §§ 4 und 5 des Gesellschaftsvertrags beschlossen. Die Ermäßigung ist erfolgt. 5084

Amtsgericht Bad Naußig, 13. Jan. 1925.
Im hiesigen Handelsregister ist eingetragen worden:

am 12. Januar 1925:
auf Blatt 888, die **Dresdner Bank, Zweigstelle Zwickau-Oberstraße**, Zweigzweckbestimmung der in Dresden unter der Firma Dresdner Bank bestehenden Aktiengesellschaft in Zwickau betr.: Die Protokolle des Aufsichtsrates sind erfolgt.

auf Blatt 970, die **Kolonialwaren-Großhandels-Gesellschaft mit beschränkter Haftung** in Zwickau betr.: Die Firma ist erfolgt.

am 13. Januar 1925:
auf Blatt 1071, die **Conradi & Friedemann Aktiengesellschaft** in Zwickau betr.: Die Generalversammlung vom 30. Januar 1924 hat laut Rotationsprotokoll vom gleichen Tage die Umstellung des Grundkapitals von 4 Millionen Mark in hunderttausendachtzigtausend Reichsmark, eingeteilt in hunderttausendachtzig auf den Inhaber lautende Aktien zu je einhundert Reichsmark, be-

schlossen. Die beschlossene Umstellung ist erfolgt. Der Gesellschaftsvertrag ist laut Rotationsprotokoll vom 30. Dezember 1924 durch Beschluß der Generalversammlung vom gleichen Tage in den §§ 4 und 12 abgeändert worden. 5072

Amtsgericht Zwickau, 13. Januar 1925.

Auf Blatt 958 des Handelsregisters wurde heute die Firma **Dampfmolerei Viktorij b. Kommaßig Hugo Vornsch** in Zwickau als Kommanditgesellschaft und als deren Inhaber der Kommanditist **Hugo Vornsch** in Zwickau b. Kommaßig eingetragen.

Amtsgericht Meißen, 13. Januar 1925.

Das im Grundbuche für **Proschwitz** Blatt 151 auf den Namen des Kautermeisters **Albin Otto Engelhardt** eingetragene Grundstück soll am 5. März 1925, vormittags 11 Uhr an der Gerichtsstelle im Wege der Zwangsversteigerung versteigert werden.

Das Grundstück ist nach dem Grundbuche 27,7 Hektar und auf 19.600 M. geschätzt. Es besteht aus Wohngebäude mit Keller- und Bodenabtau, 2 Stallgebäude, Werkstattegebäude, Schuppengebäude und Kautergebäude und Nebenanlagen. Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts sowie der übrigen das Grundstück betreffenden Nachrichten, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet.

Rechte auf Befriedigung aus dem Grundbuche sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 3. November 1924 veranlassenen Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, anzuhelfen zu machen, widrigenfalls die Rechte bei der Befriedigung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden würden.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des

Verfahrens herbeiführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des verfallenen Gegenstandes tritt. 5085

Amtsgericht Oschatz, 14. Januar 1925.

Auf Blatt 99 des Handelsregisters, die Firma **Zellfabrik Wehltheuer, Aktiengesellschaft** in Oschatz betr.: Die Generalversammlung vom 1. Dezember 1924 hat die Umstellung des Grundkapitals von zwanzig Millionen Papiermark auf eine Million sechshunderttausend Reichsmark beschlossen. Es ist einmütig in 20.000 auf den Inhaber lautende Stammaktien über je 50 Reichsmark. Die beschlossene Umstellung ist durchgeführt. Dementsprechend sind die §§ 6 und 82 des Gesellschaftsvertrages abgeändert worden. 5086

Amtsgericht Riesa, 13. Jan. 1925.

Auf dem für die Firma **F. Richter Zöhne** in Riesa geführten Blatt 319 des hiesigen Handelsregisters ist heute eingetragen worden, daß der bisherige Inhaber, der Kaufmann **Ferdinand Richter** in Riesa, gestorben ist. Infolge Ablebens — ausgeführt durch den Nachlassverwalter **Ferdinand Georg Richter** in Riesa — ist eingetragen.

Amtsgericht Riesa, 12. Jan. 1925.

Auf Blatt 629 des Handelsregisters, die Firma **Gebr. Kojedach, Aktiengesellschaft** in Riesa betr., ist heute eingetragen worden: Durch Beschluß der Generalversammlung vom 18. Dezember 1924 ist das Grundkapital auf dreihundertfünftausend Reichsmark festgesetzt worden. Es zerfällt in fünfzehntausend Stammaktien zu je 20 Reichsmark und einhundertfünfzig Vorzugsaktien zu je fünf Reichsmark. Die Umstellung ist erfolgt.

§§ 4 und 14 des Gesellschaftsvertrages sind durch den gleichen Beschluß laut Rotationsprotokoll vom 18. Dezember 1924 abgeändert worden. 5074

Amtsgericht Riesa, 12. Jan. 1925.

Im Handelsregister ist heute auf Blatt 65, betr. die Firma **Gebr. Kojedach und Zehdenfabrik Eugen Zehden** in Riesa, eingetragen

worden: Zum Vorstand ist der Kaufmann **Andolf Willy Lang** in Riesa bestellt. Der Vorstand Kaufmann **Paul Geisinger** ist ausgeschieden. Protokolle sind dem Buchhalter **Max Emil König** in Riesa erteilt. Er darf die Gesellschaft nur in Gemeinschaft mit einem Vorstandmitglied oder einem anderen Vorstandsmitglied vertreten. 5075

Amtsgericht Schöned, 12. Jan. 1925.

In dem Handelsregister ist heute eingetragen worden Blatt 132, die Firma **Holzboff- und Holzpappfabrik Zimmer-Steina** in Steina betr.:

Die Generalversammlung vom 26. November 1924 hat die Umstellung des Grundkapitals der Gesellschaft von 12.000.000 M., bestehend aus 11.600 Stück Stammaktien und 400 Stück Vorzugsaktien zu je 1000 M., auf neunhundertsechzigtausend Reichsmark beschlossen. Die Umstellung der Stammaktien erfolgt in der Weise, daß eine jede Stammaktie über 1000 M. auf einen Nennwert von 80 Goldmark und eine jede Vorzugsaktie auf einen Nennwert von 15 Goldmark herabgesetzt wird.

Die §§ 3 Abs. 1, 9 Abs. 1 und 17 des Gesellschaftsvertrages sind laut Rotationsprotokoll vom 26. November 1924 abgeändert worden. 5077

Amtsgericht Waldheim, 14. Jan. 1925.

Auf Blatt 190 des Handelsregisters ist am 13. Januar 1925 die Firma **Josef Wapf** in Waldheim und als deren Inhaber der Schuhmacher **Josef Wapf**, dafelst, eingetragen worden. Angegebener Geschäftszweig: Herstellung von Schuhwaren. 5094

Amtsgericht Wolkstein.

Auf Blatt 235 des Handelsregisters ist heute die Firma **Paul Galle** in Zwenkau und als ihr Inhaber der Kaufmann **Paul Theodor Galle** in Zwenkau eingetragen worden. Angegebener Geschäftszweig: Großhandel mit Papier- und Tabakwaren. 5076

Amtsgericht Zwenkau, 12. Jan. 1925.

Dresden.

Stadtvorordnetenversammlung.

In der ersten Sitzung im neuen Jahre, welche die Stadtvorordneten am gestrigen Donnerstag abhielten, erfolgten

die Vorkleinerwahlen.

Für den Posten des ersten Vorkleinerwählenden wurde von den rechtsstehenden Parteien der bisherige erste Vorkleinerwählende Rechtsanwalt **Kohlmann** (Deutschnationale Volkspartei) vorgeschlagen, für den auch die Deutschnationalen eintraten, während die sozialdemokratische Fraktion den bisherigen Vorkleinerwählenden **Edmund Fischer** zur Wiederwahl empfahl.

Die Demokraten gaben die Erklärung ab, daß sie in Beachtung der parlamentarischen Gepflogenheit, dem Vorschlag der rechtsstehenden Fraktion zuzustimmen, also den sozialdemokratischen Kandidaten wählen würden.

Eine Erklärung der kommunistischen Fraktion sprach der sozialdemokratischen Partei das Recht ab, sich Arbeiterpartei zu nennen. Die K. P. D. lenne keinen Unterschied zwischen den bürgerlichen und sozialdemokratischen Reaktionen und werde keinen der von dieser Seite gemachten Vorschläge unterstützen, sondern den Stadt- und Schrapel wählen.

Es kam zu einer längeren und erregten Debatte, in der von sozialdemokratischer Seite den bürgerlichen Parteien vorgeworfen wurde, die Vorkleinerwählung zu einem politischen Schachergewerbe zu machen, indem sie der kleinen deutschsozialen Gruppe zu Unrecht einen Schriftführerposten einräumten, um deren Stimmen für den bürgerlichen Vorkleinerwählenden zu gewinnen. Trotzdem würde ohne die Hilfe der Kommunisten die Wahl eines Deutschen Nationalen zum Vorkleinerwählenden nicht möglich sein. — Stadt-Dr. Schulze (D. Sp.) erklärte, der parlamentarische Brauch, der bürgerlichen Fraktion den Vorkleinerwählenden zu überlassen, hätte nur dann Sinn, wenn der Vorkleinerwählende hinter sich habe. Die Vorkleinerwählenden im letzten Jahre hätten aber gezeigt, daß dem Vorkleinerwählenden seiner Geschäftsführung aus dem Reichen der Fraktion die größten Schwierigkeiten gemacht worden seien. Man könne also nicht von einer Geschäftsführung der sozialdemokratischen Fraktion sprechen.

Der erste Wahlgang brachte keine Entscheidung. Es erhielten von 75 abgegebenen Stimmen **Fischer** (Soz.) 28, **Kohlmann** (D. Sp.) 37 und **Schrapel** 10 Stimmen.

In der Stichwahl wurde dann der **Deutschnationale Kohlmann** mit 37 Stimmen gewählt; auf **Fischer** entfielen 27 Stimmen. Die übrigen Stimmen waren unglücklich.

Die Wahl der beiden Szevorwählenden verhältnismäßig glatt von staten. Es wurden gewählt zum ersten Szevorwählenden **Edmund Fischer** (Soz.) und zum zweiten Szevorwählenden **Hofst** (D. Sp.).

Ein Antrag **Blumenritzt**, die Zahl der Schriftführer von 4 auf 5 zu erhöhen, wurde mit einem Änderungsantrage **Dr. Helm** (Komm.) an den Rechtsausschuß verwiesen. Deshalb konnten zunächst nur vier Schriftführer gewählt werden. Es waren dies die Stadtvorordneten **Edmund Fischer** (Soz.), **Blumenritzt** (D. Sp.), **Blumenritzt** (D. Sp.) und **Hofst** (D. Sp.). Der bisherige kommunistische Schriftführer **Schrapel** unterlag.

Die Wahl der fünf ordentlichen Ausschüsse wurde abgelehnt.

Dresdner Nichtzahlen.

Die Dresdner Nichtzahl der Lebenshaltungskosten für Ernährung, Heizung, Beleuchtung, Wohnung, Bekleidung berechnet sich laut Mitteilung des Statistischen Amtes der Stadt Dresden nach dem Preisindex vom 14. Januar 1925 (1913/14 = 100) auf 120,6, das sind 0,6 v. H. mehr als in der Vorwoche, wo 120,0 erreicht wurde. Ohne Einrechnung der Bekleidungskosten ist die Nichtzahl seit der Vorwoche von 116,2 auf 117,0 oder um 0,7 v. H. gestiegen.

Steuergesetzgebung und Gastwirtsgewerbe.

Die Vereinigung der Hotel-, Gast- und Schankwirts-Gewerbe Dresdens und der Gastwirtsvereine von Dresden und Umgebung hielten am Donnerstag im Gewerbehause eine fast beläufige Versammlung ab. Der erste Vorsitzende **Otto Eberwein** erläuterte den Jahresbericht, in dem festgestellt wird, daß die Hoffnungen, die auf das Jahr 1924 gesetzt wurden, sich nicht erfüllt haben. Die außerordentlich schwierige Lage des Gastwirtsstandes drückt sich in einem gänzlichen Rückgang des Bier- und Weinumsatzes gegenüber der Vorjahreszeit aus und sei nicht zuletzt auf die schwere finanzielle Belastung des Gewerbes zurückzuführen. Umfassende seien in Dresden die Luftkonditionierer und die Hebe- und Transporter betriebe gewesen. Namentlich sei aber auch die Abschaffung der Getränkesteuer, die auch aus der Inflationszeit stammt, wie überhaupt mit allen Sondersteuern, die auf dem Gastwirtsstand liegen, aufzukommen werden müsse. Das Reich müsse unbedingt von der bisherigen Finanzpolitik abgehen, wenn eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse eintreten solle.

Hierauf sprach **Dr. Dreßin** (Berlin) über die Hebung der Kreditlinie im Gastwirts-gewerbe. Unter scharfen Angriffen auf die Reichsregierung vertrat der Redner den Standpunkt, daß die Kreditlinie nicht durch die Rentenmark oder die Goldmarkbank hergestellt lasse. Das wäre nur möglich durch feste Staatsfinanzen, die sich auf eine ruhende Wirtschaft stützen. Er machte den Vorschlag, die Vorkleinerwählenden in Schulbescheidungen mit einer Aufwertung von 15 Prozent umzuwandeln, und erwarre von diesem Wege der Selbsthilfe einen Erfolg.

Es folgte ein Referat von **Emil Müller** (Halle) über die Frage der Überwachung der Steuerpflichtigen. Von den Finanzministern seien Kreisblätter herausgegeben worden, die für die Steuerbeamten im wesentlichen die Vorschriften für eine scharfe Beobachtung der Steuerpflichtigen in bezug ihres Kaufvermögens für Kleidung, Ernährung, Gefährlichkeit, Luxusgegenstände, Besuch von Bädern, Vergnügungsorten usw. enthalten. Derartige genaue Überwachungen wären bereits erfolgt und sollen künftig in erweitertem Umfang stattfinden. Ein dritter Redner, **Direktor K. Kisse** (Dresden), wandte sich gegen die Nationalsozialbewegung sowie gegen das Schankstättengesetz, das nach einer Mitteilung des Reichswirtschaftsministeriums auf der Seite gestellt worden ist und vorläufig nicht zur Beratung kommen soll. Es werde zwar wiederkommen, wahrscheinlich dann aber wesentlich ganz anders aussehen.

Eröffnung des Hauptkomitees Dresden-Kreisstadt. Am 15. Januar ist die Teilung des bisherigen Hauptkomitees Dresden in die Hauptkomitee Dresden-Kreisstadt und Dresden-Kreisstadt erfolgt. Die Eröffnung des neuen Hauptkomitees Dresden-Kreisstadt wurde am 15. Januar mittags 12 Uhr in den Diensträumen des neuen Hauptkomitees, Hauptstraße 5 III, vom Präsidenten des Landesfinanzamts, **Geh. Rat Dr. Böhm**, in Gegenwart des Kreispräsidenten **Geh. Finanzrats Wittner** vollzogen und der mit der Verwaltung der Vorkleinerwählenden beauftragte Regierungsdirektor **Dr. Rudolph** in sein Amt einweihen.

Aufnahmeprüfungen für die städtischen höheren Unterrichtsanstalten und die Sächsische Gewerkschule. Für die bis zum 3. Februar für die Sexta der städtischen Unterrichtsanstalten und für die unterste Klasse der Realschule angebotenen Klassen für künftige Verwaltungsbetriebe, die Sächsische Gewerkschule sowie die Untertertia der städtischen Studienanstalt angemeldeten Schüler und Schülerinnen soll die Aufnahmeprüfung Dienstag, den 3. und Mittwoch, den 4. Februar, vormittags 8 Uhr stattfinden. In der Voraussetzung, daß die Stadtvorordneten

zur Begründung einer Sexta bei der sechsstufigen Studienanstalt die Zustimmung erteilen, findet zur gleichen Zeit die Prüfung für diese Scholentinnen statt.

Nichtsteuer. Am 15. November 1924 war der zweite Termin der Nichtsteuer für das Rechnungsjahr 1924 (1. April 1924 bis 31. März 1925) fällig. Die Mitglieder der ev.-luth. Kirchengemeinden und die der röm.-kath. Kirche sind durch Bekanntmachung vom 25. bez. 22. November 1924 zur Zahlung aufgefordert worden. Wer dessenungeachtet Zahlung bis jetzt nicht geleistet hat, wird auf Grund von § 314 der Reichsabgabenordnung nochmals aufgefordert, den Nachstand innerhalb eines Monats zu zahlen. Eine besondere schriftliche Mahnung ergeht nicht, vielmehr wird nach Ablauf von acht Tagen mit der zwangsweisen Einziehung der Nachstände begonnen.

Ihr wichtigste Zwecke sind **Desobertener** Blätter überwiegen worden: 200 M. vom Deutschen Klub in Manila (Philippinen) und 10 Dollar von einer Dame aus Bismarck, Nordamerika, einer früheren Dreizehnerin.

Kaufhaus. Wenn auch nach dem Ansturm in den Vorverkaufsstellen in der Verkaufsbereitschaft der Stadtkasse der **Dresdner Frauenvereine**, im Hofhof des Neuen Rathauses, jetzt ein verhältnismäßig stille Zeit eingetreten ist, so ist doch die Nachfrage nach ersten und gebrauchten Wert- und Gebrauchsgegenständen nach wie vor eine rege. Insbesondere werden gesucht: Schmuckgegenstände, Teppiche, edelsteine, Porzellan, Kristall, Kunstwerke und kunstgewerbliche Gegenstände, Hausgeräte, wie Wäschekörbe, Waschwannen, Treppenteile, Schulpulte usw. Kaufhaus und Verkauf täglich von 10 bis 4 Uhr, Sonnabends bis 3 Uhr.

Erklärung von Beratungsstellen für Ungenit und Sexualangelegenheiten. Die kurz vor Kriegsende zwischen Ärzten und Organisationen angebahnten Verhandlungen betr. Errichtung von Beratungsstellen für Ungenit und Sexualangelegenheiten sollen demnächst wieder aufgenommen werden und hoffentlich baldigst zu tatsächlichen Erfolgen geführt werden. Es handelt sich dabei um eine wirksame Unterstützung der Bestrebungen zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und um eine intensive Aufklärungsarbeit, allerdings nicht in großen Vereinen und Versammlungen, sondern in Einzelkonsultationen und -gesprächen, wobei der Individualität des Einzelnen Rechnung getragen werden kann.

Dresdener Kautertermine. Der Dresdener Kauterverein hat für seine diesjährigen Kauter, unter Vorbehalt der Genehmigung durch die am 23. Januar in Berlin stattfindende Delegiertenversammlung der deutschen Kautervereine, folgende Termine in Aussicht genommen: **Obermontag, 12. April, Ostermontag, 11. April, Sonntag, 19. April, Pfingstmontag, 21. Mai, Sonntag, 24. Mai, Pfingstsonntag, 31. Mai, Pfingstmontag, 2. Juni, Sonntag, 29. August, Sonntag, 30. August, Sonntag, 3. Oktober, Sonntag, 4. Oktober, Sonntag, 25. Oktober, Sonnabend, 31. Oktober, Sonntag, 1. November.**

Das hühner Rotenburg. Am Sonntag, 18. Januar, 6 Uhr abends, findet im Gemeindehause der Erlöschstraße, Karlsruhstraße 5, ein Lichtbildvortrag statt. Es werden eine 60 herrliche Naturaufnahmen aus der alten berühmten Stadt Rotenburg o. d. T. gezeigt. Der Vortrag wird von musikalischen Darbietungen umrahmt. Eintritt frei!

Die Genehmigungspflicht bei öffentlichen Sammlungen.

Wegen der Verlagsbuchhändler **Wapf** in Leipzig war eine Strafverfügung auf Grund der Bekanntmachung über die Wohlthatspflege während des Krieges vom 15. Februar 1917 erlassen worden, weil er ohne behördliche Genehmigung

zu gemeinnützigen Zwecken eine öffentliche Sammlung veranstaltet haben sollte. Nach den Bestimmungen des Kriegsgesetzes, das die Strafverfügung behält, ist der Angeklagte **Wapf** und **Schramm** der Deutschen Wohlthatvereins, der nach seinen Angaben die Förderung der Bildung der Großstadtjugend und insbesondere der Kinderbewahranstalten durch Veranstaltung unentgeltlicher Vorträge und Anzeigensammlungen zum Zweck hat. Da er für diese Zwecke Geld benötigt, hat er im Frühjahr und Sommer 1924 bei der Polizeibehörde in Leipzig um die Genehmigung zur Veranstaltung von Sammlungen, also zur Veranstaltung einer Hausammlung nachgesucht. W. warte die Genehmigung aber nicht ab, sondern verfuhr an eine größere Anzahl von Geschäftsleuten und Privatpersonen, bei denen er Interesse für seine Bestrebungen voraussetzte, Wünsche um Gewährung von Spenden.

Das Amtsgericht betont, daß hier die Merkmale einer öffentlichen Sammlung vorliegen, da der Angeklagte zu den Fremden und Privatpersonen, an die er sich wendete, weder in beruflichen noch persönlichen Beziehungen stand. Es fehlte somit an jedem inneren Zusammenhang zwischen dem Veranstalter und dem angelegenen Personenkreis. Das Merkmal der Öffentlichkeit wurde nach nicht dadurch ausgeschlossen, daß der Angeklagte zum Teil die Sammel- und Verzeichnisse den Vereinen persönlich überbrachte.

Daß der Angeklagte die Bestimmung nicht gekannt haben will, weil er sich zur Zeit ihres Erlasses im Felde befunden habe, ist dem Gericht nicht glaubhaft erschienen. Wapf habe der Angeklagte Zweifel über die Zulässigkeit seines Tuns gehabt und da wäre es seine Pflicht gewesen, sich an maßgebender Stelle zu erkundigen. Die Anwendung der Rechtsformvorschriften wurde abgelehnt, weil der Angeklagte auch nach dem Inhalt der Strafverfügung keine Sammelstätigkeit fortgesetzt hat.

Die Revision des Angeklagten trägt Nichtanwendung der Strafvorschriften, wurde aber vom Oberlandesgericht Dresden verworfen. Die angelegene Bestimmung trägt allerdings den Titel: „Bekanntmachung über die Wohlthatspflege während des Krieges“. Es sehe also so aus, als ob sie nur während des Krieges Gültigkeit haben sollte und sich nicht auch auf Handlungen erstreckte, die in der nachfolgenden Zeit begangen wurden. Bei näherem Zusehen ergab sich jedoch, daß die Bestimmung sich ganz allgemein auf öffentliche Sammlungen beziehe und der Krieg bloß der äußere Anlaß zu ihrem Erlass gewesen sei. Die Bestimmung sei auch nach nicht wieder außer Kraft gesetzt und entspreche einem Allgemeinbegriff auf dem Gebiete der Gesetzgebung. Die Sammlung des Angeklagten habe zwar nicht eigentlichen, sondern gemeinnützigen Zwecken gedient, aber gerade das werde von der Bestimmung getroffen. Um die Strafvorschriften anzuwenden, müßte festgestellt sein, daß er die Tat für erlaubt gehalten habe. Das werde aber gerade verneint.

Geschäftliches.

Das unter der Firma **Christoph-Johann** bekannteste Einzelgeschäft für Strickwaren in Dresden, Grapplerstraße 6, ist an **Paul Christmann** übergegangen und wird von deren Tochter, **Pauline Christmann**, geleitet, in allen Einnahmen untersteht. Es ist beabsichtigt, das Geschäft auf die **Christmann-Witt** zu übertragen, wobei die alte Firma auf neu umgegründet werden und aufgelöst werden.

Wettertelegramme

vom 16. Januar 1925, 7 Uhr morgens, **Hilfslager 8 Uhr morgens.**
Dresden: Höhe 110 m. W. u. +4. Reg. +6. Niederschlag: 6 mm. Temperatur: +5. Wind: NNW 1. Wetter: Nebel.
Hamburg: Höhe 246 m. W. u. +2. Reg. +6. Niederschlag: 8 mm. Temperatur +3. Wind: W 2. Wetter: Nebel, schwacher Regen.
Hilfslager: Höhe 1213 m. W. u. -3. Reg. +5. Niederschlag: — mm. Temperatur: -2. Schnee: —. Wind: NNW 2. Wetter: Eis, Nebel.

Dresdner Kurse vom 15. Januar

Table of stock and bond prices. Includes sections for 'Deutsche Staatspapiere', 'Verschiedene Anleihen', 'Stadtpfandbriefe', 'Deutsche Pfand- u. Hypothekendarlehen', and 'Selbständige Anleihen'.

Die Industrialisierung der Ueberseeischen Welt.

Dieses Thema behandelte in dem letzten Abende... Die Industrialisierung der Ueberseeischen Welt... Die Industrialisierung der Ueberseeischen Welt...

Man braucht dann nur noch für die Industrie... Die Industrialisierung der Ueberseeischen Welt... Die Industrialisierung der Ueberseeischen Welt...

Die Industrialisierung der Ueberseeischen Welt... Die Industrialisierung der Ueberseeischen Welt... Die Industrialisierung der Ueberseeischen Welt...

Die Industrialisierung der Ueberseeischen Welt... Die Industrialisierung der Ueberseeischen Welt... Die Industrialisierung der Ueberseeischen Welt...

Wiederaufbau der deutschen Kolonialgesellschaften.

Abgesehen von den durch die Liquidationsmaßnahmen... Wiederaufbau der deutschen Kolonialgesellschaften... Wiederaufbau der deutschen Kolonialgesellschaften...

Wirtschaftsbeobachtungen und Handel.

Wirtschaftsbeobachtungen — Wirtschaftsprobleme.

(Von der Landespreisprüfstelle Sachsen).

In letzterem Berichtsstandungen hat die Landespreisprüfstelle wiederholt auf die Gefahren hingewiesen... Wirtschaftsbeobachtungen und Handel... Wirtschaftsbeobachtungen und Handel...

Der Arbeitsmarkt.

Der Arbeitsmarkt zeigt seit November erhebliche Veränderungen...

Der Arbeitsmarkt zeigt seit November erhebliche Veränderungen... Der Arbeitsmarkt zeigt seit November erhebliche Veränderungen...

Der Fleischpreis.

Der Fleischpreis hat sich in den letzten Wochen...

Der Fleischpreis hat sich in den letzten Wochen... Der Fleischpreis hat sich in den letzten Wochen...

Der Getreidepreis.

Der Getreidepreis hat sich in den letzten Wochen...

Der Getreidepreis hat sich in den letzten Wochen... Der Getreidepreis hat sich in den letzten Wochen...

lichen Veröffentlichungen durch monatliche zu ersetzen. Man bezweckt ohne Zweifel damit die Abgabe des Zahlenmaterials des Reichsstatistischen Amtes noch wertvoller zu machen, als es heute schon ist. Daran kann, mit Ausnahme des Hansabundes, der sich systematisch für die Preissteigerung verwendet, kein Mensch Interesse haben. Das dem Hansabund und auch anderen Leuten Feststellung des Reichsstatistischen Amtes über die Preisbewegung usw., manchmal sehr auf die Nerven fallen, ist ja durch gewisse Polemiken, an denen sich auch Kreise beteiligten, die sonst nicht mit dem Hansabund Schulter an Schulter kämpfen, genügend bekannt geworden. Um so verwunderlicher ist es aber, wenn man hört, daß das Reichswirtschaftsministerium diesen Plänen nähergetreten sein soll. Wenn der Plan des Hansabundes durchdringt, hätte die Reichsregierung für die praktische Wirtschaft, der sie doch zugute kommen soll, keinen Wert. Wir haben aber kein Reichsstatistisches Amt, das statistieren soll, sondern wir verlangen von diesem Institut den Ausbau einer Konjunkturforschung, der für die praktische Wirtschaft, für die Geschäftswelt und für den Verbraucher von Wert ist. Durch den Plan der Errichtung eines Konjunkturforschungsinstituts in Berlin sind bereits geeignete Wege eingeschlagen worden, um endlich zu diesem Ziele zu kommen. Wir hoffen, daß sich das Reichswirtschaftsministerium für den Fortschritt und für die Förderung einer brauchbaren Konjunkturforschung und nicht für das vom Hansabund propagierte

System der Verheimlichung und Undurchsichtigkeit des deutschen Wirtschaftslebens entscheidet.

Die dänische Dollarkleihe. Die dänische Nationalbank hat gestern bei der National-City-Bank in New-York die in dem Realisationsplan der Regierung stehende Salutkanleihe von 40 Mill. Dollar aufgenommen. Die Anleihe geht in Form eines einjährigen Restkredits in dieser Höhe. Die Kosten sind jedoch nicht veröffentlicht, doch werden sie denen der Anleihe vom vorigen Jahre entsprechen, also 5 % Zinsen und 1 % Provision ausmachen. Nach dem heutigen Stand der dänischen Krone beträgt diese Anleihe 226,4 Mill. deutsche Reichsmark. Die rasche Bewilligung der Anleihe zeigt von dem Ansehen, das die sozialistische Regierung Dänemarks in Amerika besitzt.

Der Zusammenstoß der Zuckerfabriken. Der langbelegte Plan der Zuckerfabriken, einen festeren Zusammenschluß durchzuführen, ist in den letzten Tagen zum Teil verworfen worden. Es handelt sich vorläufig um einen Zusammenschluß der mitteldeutschen Zuckerfabriken. Der neue Verband umfaßt die Fabriken der Provinz Sachsen, Anhalts, Thüringens und Braunschweigs. Er wird sich als Einkaufsvereinigung und wahrnehmlich auch durch Regelung der Verkaufsbedingungen betätigen.

Die Schweizer Kollektoren im Jahre 1924. Die Schweizer Kollektoren im Jahre 1924 betragen 205 Mill. Franken. Gegenüber dem Jahre 1923 ist eine Mehrernte von 22 Mill. zu verzeichnen.

poßen sind durch einen Sozialdemokraten und einen Sozialisten, die Schrift überposten durch einen Sozialdemokraten und einen Vertreter der Wirtschaftsfraction besetzt worden. Die Wirtschaftsfraction, die Sozialisten und Demokraten stimmten für den Demokraten als Bevollmächtigten, obwohl zahlenmäßig der Posten den Kommunisten zustand, weil sie es abgelehnt hatten, für den bürgerlichen Vorsteher zu stimmen.

Langburkersdorf. In der am 12. d. M. festgesetzten ersten öffentlichen Gemeindevorordnetenversammlung wurden Bürgermeister Weinhald als Vorsteher, Stellvertreter Bürgermeister Völkner und Gemeindefiskalier Bahmann als Schriftführer des Gemeindevorordnetenkollegiums einstimmig wiedergewählt. In gleicher Sitzung erklärte man sich im Prinzip mit der Errichtung eines Feuerwehrgeschäftshauses mit Steigerturn einverstanden. Wenn möglich, soll in diesem Gebäude eine Wohnung eingebaut werden.

Ämtliche Devisenkurse.
Berlin, am 16. Januar 1925.

Telegraphische Notierungen in Wert.	16. 1. 1925	16. 1. 1925	15. 1. 1925	15. 1. 1925
Ämtliche Notierungen auf:	100 Mk.	100 Mk.	100 Mk.	100 Mk.
London 100 Sterling	169,30	169,80	169,34	169,76
Paris 100 Franc	1,051	1,051	1,070	1,070
Brüssel 100 Franc	21,14	21,20	21,04	21,10
Amsterdam 100 Gulden	64,62	64,18	64,07	64,23
Stockholm 100 Kronen	75,01	75,19	74,98	74,98
Kopenhagen 100 Kronen	112,98	113,20	112,98	113,20
Bombay 100 Rupee	10,55	10,59	10,55	10,59
Calcutta 100 Rupee	17,06	17,10	17,19	17,23
Madras 100 Rupee	20,06	20,11	20,07	20,12
Barat 100 Rupee	4,105	4,210	4,100	4,210
Manila 100 Pesos	22,70	22,78	22,50	22,56
Singapore 100 Straits	80,75	80,96	80,62	81,02
Batavia 100 Gulden	50,33	50,47	50,13	50,27
Sourabaya 100 Gulden	19,98	20,02	19,98	20,02
Yokohama 100 Yen	1,600	1,611	1,600	1,612
Hankow 100 Yuan	5,487	5,496	5,483	5,488
Shanghai 100 Yuan	5,913	5,923	5,911	5,921
Canton 100 Yuan	12,58	12,63	12,58	12,63
Hongkong 100 Yuan	6,77	6,79	6,830	6,855
Manila 100 Pesos	5,815	5,825	5,81	5,83
Batavia 100 Gulden	3,048	3,055	3,025	3,038
Sourabaya 100 Gulden	79,55	79,75	79,55	79,75

Der Danziger Briefkastenkonflikt.

Danzig, 15. Januar.

Die polnischen Kreise sind wegen der Haltung des Oberkommissars gegenüber den Danzigern außerordentlich erregt. Die polnische Regierung hat sich in England über den Oberkommissar, der ein Engländer ist, formell beschwert. In Warschau hat sich ein außerordentlicher Ministerrat im Beisein des Staatspräsidenten mit dem Konflikt beschäftigt und die Maßnahmen ergriffen, die ergriffen werden sollen, falls der Danziger Senat die polnischen Briefkästen in der Stadt entfernen sollte. Die Maßnahmen sollen zunächst finanzieller und wirtschaftlicher Natur sein. Die Warschauer Presse führt eine drohende Sprache und prüft den Oberkommissar scharf an. Das „Echo Warschawskie“ fordert die Regierung auf, gegen Danzig solche Methoden anzuwenden, wie sie mit Erfolg England jählich gegen Kopen gegen angewendet hat.

Nach der gestern unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik abgehaltenen Sitzung des polnischen Komites des Ministerrats gab der Stellvertreter des Ministerpräsidenten Minister Thugut neuerlich eine Mitteilung an die Presse heraus, in der es heißt,

Kleine Auslandsnachrichten.

Wien, 15. Januar.

Der Abgeordnete Kay ist heute nach Berlin abgereist, nachdem er sich verpflichtet hatte, sich zu der am 5. Februar gegen ihn anberaumten Verhandlung wegen Fälschung von Reiseausweisen hier zur Verfügung des Gerichts zu stellen.

Wien, 15. Januar.

Zu den von einigen Wiener Blättern gebrachten Mitteilungen über angebliche monarchistische Konferenzen in Wien und über Besprechungen betreffend Vorbereitung eines Bundes, wird der „Wiener Allg. Ztg.“ von politischer Seite mitgeteilt, daß an maßgebender Stelle bisher hierüber nichts bekannt geworden ist.

Moskau, 15. Januar.

Die russische Telegraphen-Agentur meldet: Der zaristische Professor Oskadski wurde zum Tode verurteilt, doch in Anbetracht der Verjährung des Verbrechens und seines Alters zu 10-jährigem Zuchthaus begnadigt.

Sofia, 16. Januar.

Unbekannte versuchten die Eisenbahnbrücke bei Slivnitsa an der Eisenbahnlinie Sofia-Isirod in der Luft zu sprengen. Drei Sprengkörper explodierten jedoch nur einer, wodurch unbedeutender Schaden verursacht wurde. Der Zugsverkehr ist nicht unterbrochen. Der Anschlag war anscheinend gegen einen Schnellzug gerichtet, der die Brücke 10 Minuten vor der Explosion passiert hatte.

Mitteilungen aus der öffentlichen Verwaltung.

Reichsgeheblatt. Die heute ausgegebene Nr. 1/2 enthält: Entstellung des Reichsgeheblatts; Wdg. über die Wertpapiersteuer bei aufgewerteten Schuldverschreibungen; Dritte Wdg. über Bezugsmischlinge, sowie Wdg. über die Verdienst- und Einkommensgrenze in der Krankenversicherung.

Aus Sachsen.

Chemnitz. Der Stadtrat hat die Errichtung einer neuen Realschule ab Ostern 1925 beschlossen. Er soll sich aus Knaben- und Mädchenklassen in der Weise zusammensetzen, daß sie von den alten städtischen Lehranstalten einzelne Klassen übernimmt. Dadurch sollen letztere entlastet und an ihnen die Neubildung nach Möglichkeit eingeschränkt werden. Die neue Schule wird in getrennten Gebäuden untergebracht.

Erdmannsdorf. Wegen des Ortsgeschehens über die kommunale Totenbestattung in der Gemeinde Erdmannsdorf sind von der vorgesetzten Dienstbehörde Beschlüsse nicht erhoben worden. Die ungenügende kommunale Totenbestattung ist daher jetzt hier einzuführt worden.

Wolkstein. Der Stadtdirektor hat nach längerem Verhandeln den Anschlag der Stadtgemeinde an das Bergwerkstättchen Annaberg genehmigt.

Wittenberg. Regierungsdirektor Arthur Stöhr ist zum hiesigen Bürgermeister ernannt worden.

Wittenberg. Im Reichshausplan für das Jahr 1925, der loben dem Reichstag zugegangen ist, findet sich bei den einmaligen Ausgaben für die Reichsverwaltung ein Betrag von 205 000 M. für einen Neubau des Finanzamtes Wittenberg. Das Finanzamt ist gegenwärtig, so heißt es in der Begründung, an vier Stellen unzureichend untergebracht, die Lichtverhältnisse sind ungenügend, die Diensträume sind ferner wegen Feuchtigkeit und Kälte gesundheitsgefährlich.

Wittenberg. Vier besteht seit Mitte Dezember v. J. eine neuerrichtete Ortsklasse. — In der ersten Gemeindevorordnetenversammlung d. J. ist Bürgermeister Liebig einstimmig zum Vorsteher gewählt worden.

Wittenberg. Für das Jahr 1925 ist als Gemeindevorordnetenvorsteher Bürgermeister Müller gewählt worden.

Wittenberg. Die Jahrmärkte werden im Jahre 1925 hier abgehalten am 2. und 3. März, am 7. und 8. September sowie am 30. November und 1. Dezember. Es kommen je einmalig Montag und Dienstag in Frage.

Wittenberg. Bürgermeister Heymann ist zum Vorsteher des Gemeindevorordnetenkollegiums gewählt worden.

Wittenberg. Die Stadtverordneten haben den bisherigen Vorsteher Dr. Kauffmann von der Wirtschaftsprüfung gegen die fünf Stimmen der Kommissen wieder gewählt. Die Vorsteher-

Eine Grüne Internationale.

Zürich, 15. Januar.

Laut, ein schweizerischer Bauernführer, hat eine Vorlage über die Gründung einer internationalen Vereinigung landwirtschaftlicher Verbände vorgelegt, die ein Generalsekretariat der Grünen Internationalen in Luzern (Schweiz) vorsieht. Das Projekt wird dem nächsten Internationalen landwirtschaftlichen Kongress, der im Frühjahr in Luzern, vorgelegt. Seine Annahme ist gesichert. Die Veranschlagung einer internationalen Bauernorganisation wird gleichfalls geplant.

Der Prozeß Borgbjerg.

Kopenhagen, 15. Januar.

Gestern fand der mit größter Spannung erwartete politische Prozeß des Sozialministers Borgbjerg gegen das konservative Organ „Nationaltidende“ statt. Das Blatt hat sich bekanntlich vor mehreren Wochen die Behauptung einer Schmähschrift, daß Borgbjerg während des Krieges die Weitergabe von deutschen Spionagenachrichten durch die Redaktion des „Socialdemokraten“ gebildet hätte, zu eigen gemacht. Diese Nachrichten sollen in Telegrammen aus Amerika bestanden haben, die ein Redaktionsmitglied des „Socialdemokraten“ empfangen und an die „Frankfurter Zeitung“ weitergab. Die Verhandlung ergab nicht die Spur eines Beweises dafür, daß diese Handeltelogramme verkappte Spionagenachrichten gewesen sind. Der Verteidiger suchte sich schließlich damit herauszuheben, daß man dem russischen deutschen Nachrichtenamt alles zutrauen könne und er annehme, daß Borgbjerg gefälscht worden sei. Die Verhandlung des Urteils wurde auf nächste Woche vertagt; es dürfte eine empfindliche Strafe für die Verleumdung Borgbjergs ausgesprochen.

Tageschronik.

Ein weiteres Opfer des Eisenbahnunglücks.

Herne, 15. Januar.

Die Trauerfeier für die Todesopfer, die das Eisenbahnunglück gefordert hat, findet am Sonntag in Herne statt. Die Beerdigung der Opfer wird auf Kosten der Reichsbahn-Gesellschaft im Heimort der Toten vorgenommen. Von den tödlich Verunglückten sind weiter einwandfrei identifiziert worden: Frau Keller-Herne und Frau Frieda Rehling-Kruhadenleben. Der in das Bergmannheim Bismarck eingetragene Heinrich Schulz aus Dortmund ist seinen Verletzungen erlegen. Von den übrigen Verletzten konnten elf an den Krankenhäusern entlassen werden. Im ganzen befinden sich noch 51 Schwer- und Leichtverletzte in den Krankenhäusern; ihre Befinden ist gut. Von den Toten werden neun in Dortmund, sechs in Herne und sieben in ihren Wohnorten, die in der Umgebung von Herne liegen, beerdigt. Der Tag der Beerdigung ist noch nicht bekannt. Voraussichtlich wird sie Freitag oder Sonnabend stattfinden.

Die Ehefrau vergiftet.

Rugsdorf, 15. Januar.

In Rugsdorf fand unter auffälligen Umständen die Eisenbahnbrücke: Greg. Die Leiche wurde beizugegeben und der Universitätsklinik Erlangen zur Untersuchung übergeben. Diese Stelle Vergiftung ist. Rummel wurde der Ehefrau der Vergifteten wegen Gattenmordes verhaftet.

Hinrichtung eines Mörders.

Das Landgericht Weiden in der Oberpfalz hat vor einiger Zeit den 61 Jahre alten Maurer Heißel zum Tode verurteilt. Der Mörder brachte im Verlaufe von sechs Jahren nach einander seine eigenen sechs Kinder durch Giftvergiftung und Fälschung der Nahrungsmittel ums Leben. Nachdem das Landgericht in Weiden die Verurteilung des Mörders vorgenommen und auch die bayerische Regierung von ihrem Begnadigungsrecht keinen Gebrauch gemacht hatte, wurde heute morgen im Hofe des Landgerichtes einmündiges Weiden die Hinrichtung durch das Fallbeil vollzogen.

Lungenpest in Konstantinopel.

London, 16. Januar.

„Daily Telegraph“ berichtet aus Konstantinopel den Ausbruch einer Lungenpestepidemie, die unter der Bevölkerung und den Behörden große Besorgnis verursacht. Bisher seien fünf Todesfälle berichtet worden. In dem hammedanischen Flüchtlingslager seien in den zwei Tagen neun Personen gestorben, wie man fürchtet, wahrscheinlich ebenfalls infolge dieser Pest, bei der der Tod innerhalb von 36 Stunden nach der Infektion erfolgt. Preisberichte zufolge hat die Sanitätsbehörde die Köpfe, die gesamte Bevölkerung dieses Bezirks zu impfen.

Der Schmutz der Prinzessin de Broglie.

Paris, 15. Januar.

Ein bedeutender Zuwendungsfall ist in der Wohnung der jungen Prinzessin de Broglie verübt worden. Als sie gestern nachmittag fortgehen wollte, bemerkte sie, daß in einem Schmutzflecken ein Geldschein aus 80 Franc in Werte von 300 000 Franc und ihr Verlobungsding, ein Platinring im Werte von 100 000 Franc besaßen. Ein aus Tapeten und Atlanten bestehendes Kissen wurde später unter dem Teppich des Korridors gefunden. Der Geldschein der

Prinzessin befand sich seit drei Tagen in Reparatur. Die Schmutzflecke waren aus diesem Grunde in die unerschlossene Schublade ihres Friseurkabinetts gelegt worden. Der Diebstahl kann nur am Montag während des Abendessens oder am Dienstag während des Mittagessens ausgeführt worden sein, da sie sonst ihr Zimmer nicht verlassen hat. Als Täter kann nur ein Vertrauter des Hauses in Betracht kommen. Man nimmt an, daß er das Kissen absichtlich unter den Teppich verdeckt hat, um den Verdacht auf einen dort arbeitenden Maler zu lenken. Es ist jetzt noch keine Spur von dem Täter entdeckt. Die Schmutzflecke waren erst am letzten Sonntag aus dem Tresor einer Bank abgeholt worden.

Fürsorgerin

für bald gefucht. Beobachtungsgruppe IV. Bewerbungen mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften bis 27. Januar an die

Strickjacken-Hofmann
Sternplatz 2 Dresden-A. Eing. Annenstr.
Jumperolle
Klubjacken
und sämtliche Strickwaren
Neu eingerichtet: **Strickjacken-Klinik**
Alte Jacken werden auf neu umgearbeitet, gereinigt und aufgefärbt zu billigen Preisen. 5079
Vereinskubjacken werden in gewünschter Farbe angefertigt.

Tageskalender.

Sonnabend, 17. Januar.

Staatstheater.
Cypernhaus.
Mittag Antechil: Die Meisterlinge von Nürnberg. Anfang 1/2 Uhr. Ende nach 10 Uhr.
Sonntag (außer Antechil): Antechil. Anfang 1/2 Uhr. Ende nach 10 Uhr.
Montag
Mittag Antechil: Die Meisterlinge von Nürnberg. Anfang 1/2 Uhr. Ende nach 10 Uhr.
Dienstag
Mittag Antechil: Die Meisterlinge von Nürnberg. Anfang 1/2 Uhr. Ende nach 10 Uhr.
Mittwoch
Mittag Antechil: Die Meisterlinge von Nürnberg. Anfang 1/2 Uhr. Ende nach 10 Uhr.
Donnerstag
Mittag Antechil: Die Meisterlinge von Nürnberg. Anfang 1/2 Uhr. Ende nach 10 Uhr.
Freitag
Mittag Antechil: Die Meisterlinge von Nürnberg. Anfang 1/2 Uhr. Ende nach 10 Uhr.

Neues Theater.

Geschlossen.
Sonnabend, Geschlossene Vorstellung.
Montag
Mittag Antechil: Die Meisterlinge von Nürnberg. Anfang 1/2 Uhr. Ende nach 10 Uhr.
Dienstag
Mittag Antechil: Die Meisterlinge von Nürnberg. Anfang 1/2 Uhr. Ende nach 10 Uhr.
Mittwoch
Mittag Antechil: Die Meisterlinge von Nürnberg. Anfang 1/2 Uhr. Ende nach 10 Uhr.
Donnerstag
Mittag Antechil: Die Meisterlinge von Nürnberg. Anfang 1/2 Uhr. Ende nach 10 Uhr.
Freitag
Mittag Antechil: Die Meisterlinge von Nürnberg. Anfang 1/2 Uhr. Ende nach 10 Uhr.

Residenztheater.

Nachmittags 1/2 Uhr: Im Himmel und auf Erden. Ende gegen 6 Uhr. — Abends 1/2 Uhr: Grafin Maria. Ende 1/2 Uhr.
Sonntag: Dieselben Vorstellungen.
Montag
Mittag Antechil: Die Meisterlinge von Nürnberg. Anfang 1/2 Uhr. Ende nach 10 Uhr.
Dienstag
Mittag Antechil: Die Meisterlinge von Nürnberg. Anfang 1/2 Uhr. Ende nach 10 Uhr.
Mittwoch
Mittag Antechil: Die Meisterlinge von Nürnberg. Anfang 1/2 Uhr. Ende nach 10 Uhr.
Donnerstag
Mittag Antechil: Die Meisterlinge von Nürnberg. Anfang 1/2 Uhr. Ende nach 10 Uhr.
Freitag
Mittag Antechil: Die Meisterlinge von Nürnberg. Anfang 1/2 Uhr. Ende nach 10 Uhr.

Centraltheater.

Täglich Varieté-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.

Familiennachrichten.

Vermählt: Dr. Herbert Brozier, Gemeindevorsteher in Oberhermersdorf, mit Fräulein Trudchen Freig in Chemnitz; Dr. Hans-Gerhard Höpfer mit Fräulein Katharina Wolf in Dresden. — Gestorben: Dr. Adolf Freyer (61 J.) in Dresden; Dr. Alexander Theuerich, Tagelöhnerführer in Dresden; Frau Christiane Marie Hartmann geb. Freyde, Buchdruckereibesitzerin (75 J.) in Dresden; Dr. Fabrikbesitzer Ernst Emil Richter (55 J.) in Lugau i. S.; Dr. Stadtrat Dr. med. vet. Adin Allmann in Rongsdorf; Dr. Otto Diebe, Oberförster i. R. (79 J.) in Leipzig-Leutzsch.

Der Nachdruck aus dem Inhalt der Sächsischen Staatszeitung ist erlaubt, für den Nachdruck der Originalausgabe ist Quellenangabe Bedingung.

Für den Anzeigenstellern verantwortlich: Verwaltungsdirektor Rechnungsrat Müller in Dresden.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten